

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

52 (3.3.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfachster monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,00 M., halbjährlich 5,40 M., durch den Träger monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezw. 4,02 M.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftsst. 11-12 Uhr, Samstag 11-12 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Die Sprengung des Zirkels.

Karlsruhe, 3. März.

Der Weltkang Lohnerhöhung und Preisverteuerung, Preisverteuerung und Lohnerhöhung geht im Wechselungs-Kreislauf weiter und der Zeitpunkt steht bevor, an dem jener unheimliche Kreislauf unsere Wirtschaft bis zur völligen Abhebung getrieben hat. Die besten Köpfe unserer sozialistischen Führer warnen, aber sie warnen vergeblich in Schrift und Rede. Das Streikfever gewinnt weitere und weitere Verbreitung. Ein guter Teil der Forderungen, welche die Ausständigen stellen, ist zwar politischer Natur, aber gerecht wird hauptsächlich doch deshalb, weil die bewilligten Löhne den Arbeitern nicht genügen.

Mit diesem Uebelstand wird man am Stammtisch und auf der rechten Seite unserer Parlamente mit einer sehr einfachen Politik fertig. Es wird geschimpft und geschimpft. Die Sozis haben schuld; sie haben alle Lohnforderungen der Arbeiter unterläßt, bis diese in so Maßlose gingen, daß selbst die sozialistischen Führer für dringend geboten hielten, den Geiseln, die sie riefen, abzuweichen. Und nun lenkt man dort nur ein Mittel, das bekannte Mittel des alten Systems: politische und militärische Gewalt. Wer nicht arbeiten will, soll dazu gezwungen werden. Sinaus mit den Hunderttausenden auf's Land, hinein mit anderen Hunderttausenden in die Gruben, da gibt es massenhaft zu arbeiten.

Diesen Doppelschlag des Schimpfens und der Forderung auf Gewaltanwendung mochten wir nicht mit. Zunächst ist es gar nicht so, daß der Ursprung der Reizuruna bei den Lohnhinauftreibenden Arbeitern liegt. Der Krieg brachte von vornherein eine Warenpreissteigerung mit sich, die unheimlich hohen, ins Phantastische hinein bewilligten Preise für Rohmaterial aller Art erzwang eine beständige Steigerung der Löhne und damit der anderen Warenpreise und nun erst ging der Lohnschub, bei dem Warenpreis und Lohnforderungen eine Wetteilung um den Bedarf bereitstellten.

Die Frage, welche wir jetzt ohne Schimpfen und Dragen lösen müssen, ist also die: wie bewirken wir ein Verringerung der Warenpreise, wie lösen wir das Lohnproblem? Mit der ersten Frage haben wir uns bereits in unserem Leitartikel „Friede und Brot“ vom 3. Februar beschäftigt. Damit wir zum Essen — hieß es dort — zum Bekleiden zur wirtschaftlichen Mitarbeit bei ertöralichen Preisen etwas bekommen, ist eine gewisse politische Maßnahme erforderlich: die Aufhebung jeglichen Schuldschulds. Diese Maßnahme wird wie eine Wagnisausdrückung wirken. Der bisherige Sammler hat nicht mehr nötig Scheidewege zu betreten, um am Ende eines Geschäftes mit treppesicherer Preiszahlung auf dem Heimwege für sich und seine Familienmitglieder zu banen. Er wird also den Schleichhändler, von dem er bezog, nicht mehr aufsuchen. Und das wird das Signal für alle jene Virtuosen der Warenanonumität sein, ihre Kriegsgeheimnisse abzugeben. Ueppia viel wird auch dann nicht zu haben sein, aber das, was überhaupt da ist, wird zu haben und für zahlungswürdige Preise zu haben sein.

Das freilich ist ein Vorgang, der nicht vor dem Friedensschluß eintreten wird und dann auch nur allmählich. Solange aber die Warenpreise nicht sinken, kann man dem Arbeiter billigerweise nicht zumuten, bei verminderten Löhnen zu arbeiten, wenigstens den Arbeitern nicht, die keine übertriebenen Lohnforderungen erzwungen haben. Was macht man also mit diesen? Die ganz Radikalen von links sagen: sehr einfach, die Betriebe sollen nur zahlen. Sie können ja zahlen, denn sie haben im Kriegs genug verdient. Man muß auch hier gerecht sein. Nicht alle Kriegslieferanten haben so Klotia verdient, doch sie nun darauf losgehen können, was verdient werden muß, und andererseits arbeiten auch ein Teil der schweren Kriegsvorbereitungsdienstleistungen aus schließlich mit erheblichem Defizit. Da muß also nachgeholfen werden, falls unter Wirtschaftslieben, nicht völlig still stehen soll und in der Art, wie das zu gründen ist, können wir dem Sozialismus wiederum einen Schritt näher treten. Die staatliche Gesamtheit muß hier mitwirken. Aus Staatsmitteln soll denjenigen Industrien, die nachteilig durch ihre Betriebe durch Lohnzahlungen gefährdet sehen, ein Teil der Lohn- und Gehaltsgehälter aus schließlich bewilligt werden. Es muß aber dreimal gesagt werden, nur den kapitalistischen Betrieben, deren Leiter den klaren Nachweis führen, daß sie ihr Unternehmen bei den bestehenden Lohnverhältnissen nicht fortführen können, ist ein Reichslohnzuschuß zu gewähren. Freilich hat diese Maßnahme andererseits keine Nachteile. Die Notendruckpresse wird abermals schwere Arbeit bekommen, untere ohnehin auf den Hund gekommene Valuta wird auf einen noch schlechteren Hund kommen, die Kaufkraft des Geldes wird weiter sinken. Hilft alles nichts, dem Arbeiter und der wirtschaftlichen Produktion muß auf die Beine geholfen werden.

Aus sozialistischer, sagen wir, sollen Reichslohnzuschüsse dem Kapitalisten bewilligt werden. Das bedeutet, er soll nicht einfach als reichstes Geld binnennehmen dürfen. Sie sollen ihm als vorläufiges Darlehen gewährt werden. Die Rückzahlung muß erfolgen, wenn die drückenden Ausnahmeverhältnisse der außerordentlichen Wirtschaftslage überwunden sind. Entweder ganz müssen diese Darlehen dann zurückgezahlt werden, oder teilweise in Form von Steuern. Eine Reichs-

lohnzuschußsteuer, je nach der späteren Rangierung des augenblicklich hilflosbedürftigen Betriebes wird die Form sein, in der dieser Betrieb seine Schulden abzahlt. Wir brauchen keinen Einbruch zu erleben, daß die Arbeitslosenunterstützungen für die Gewährung des Reichslohnzuschusses in beträchtlichem Maße in Anspruch genommen werden; soweit es eben dem Staate gelingt, auf diese Weise Arbeitslosen die Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen.

Mancherlei Vorteile kann die Durchführung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen haben. Die Arbeitsfreudigkeit, durch den langen Krieg bis zur Räumung gemindert, kann einen Aufschwung erfahren, der die fürchtbare Lähmung beseitigt. Es sind geradezu entsetzliche Ziffern, die uns von den Ausständigen gemeldet werden und im Gefolge solcher Streiks haben wir die Arbeitslosigkeit und Unglücksfälle, die sich bei einer erregten, erwerbsberaubten Masse nicht vermeiden lassen. Höhe, allerhöchste Zeit ist es, daß hier Abhilfe geschafft wird. Abhilfe nicht durch bloßes moralisierendes Zureden, durch Drohen und Gewaltanwendung, sondern durch eine wirtschaftlich zweckmäßige Maßnahme. Mit ihren Folgen kann diese sich auf vorteilhafte Weise zur sozialen Maßnahme auswachen. Wir kommen, wie schon gesagt, dem Sozialismus näher und dieses ist gar nicht ein Schritt, welcher der Bourgeoisie den Sozialismus, die Verstaatlichung, die Verstaatlichung der Produktion, imponierbarer machen muß. Weit ist ja ohnehin die kapitalistische Bourgeoisie von ihrer ursprünglichen Politik des Mandatierens, der Fernhaltung jeglicher Staatseingriffe in das Wirtschaftsleben, abgekommen. Sie hat dabei die Erfahrung gemacht, daß jeder Einbruch von Staatswegen fast immer ihr Vorteil gewesen ist. So hat sie sich unbedenklich und ohne Strömen auf den Weg zum Sozialismus begeben. Nun, wo das Ziel durch die Revolution in Sicht gekommen ist, kehrt sie sich. Da erweist sie mit einer letzten Maßnahme, daß der Sozialismus kein Feind des Wirtschaftslebens ist, daß zwar eine bedenkliche Coupd'état von ihm in ihren Drohnbequemlichkeiten gefordert werden, daß die arbeitwilligen und arbeitstüchtigen Massen aber erhöhten Schutz erfahren. Das kann bei vielen Tausenden der Anlaß sein, sich völlig zur Idee des Sozialismus zu bekennen. Dann wird die Entwicklung weiter ihren Gang gehen: ganz von selbst, sobald die Zeit gekommen ist und kein wirtschaftlicher Schaden mehr droht, werden die kapitalistischen in die sozialistischen Betriebe hinein. Sind einmal die Köpfe für eine Idee revolutioniert, so ist der weiteste Weg für ihre praktische Ausgestaltung zurückgelegt. O-n.

### Aus Rußland.

Mehrere sozialistische Delegierte vom Korps-Soldatenrat der 1. Armeeformation, die zu Verhandlungen wegen des ungenügenden Abtransportes der Korpsstruppen nach Moskau geschickt waren, schildern die augenblicklichen Zustände in Rußland so:

Zur Verpflegung wurden wir im Kremel dem Tisch der Regierungsbekleideten zugewiesen. Wir erhielten vormittags etwas Tee mit ziemlich ungenügendem Brot ohne Aufstrich. Die Mittagskost bestand aus einer Wasserfluppe mit ganz wenig Pflanzensalat. Kartoffeln gab es während unseres vierstündigen Aufenthalts in Moskau überhaupt nicht. Zucker fehlte vollständig. Ein Vertreter des Reichskommisariats hat uns um etwas Brot, da er seit zwei Tagen kein gebackenes hatte. Auf unsere Vorstellungen wegen der ungenügenden Ernährung wurde uns erklärt, es seien zwar ausreichende Vorräte vorhanden, sie kämen aber wegen Transportschwierigkeiten nicht herangebracht werden können. Einmal abends Lente einer der Delegierten eine Telefonistin von Lenin kennen, die infolge Hungers nicht mehr imstande war, den Schluß der Vorlesung abzugeben.

Moskau ist tot und vollständig heruntergekommen. Im Bau begriffene Häuser stehen unvollendet da. Offene Gräben findet man überhaupt nicht mehr, und auf den Straßen sieht man nur vom Hunger gezeichnete und bedächtigste Gestalten. Selbst primitive Bedarfsartikel sind nicht mehr zu haben. Der Verkauf eines Delegierten, Ertrag für ein gerühmtes Willensgesetz zu bekommen, mißlang, ebensowenig war es möglich, in der Stadt ein Notizbuch aufzutreiben. Die Lebensmittelvorräte sind ungenügend. Für einen Koffer werden 18 Rubel (30 M.) für einen Koffer 500 Rubel bezahlt; 400 Gramm Butter kosten 120 Rubel, 1 Pud (32 deutsche Pfund) Mehl 700—800 Rubel, ein Fund Brot 12 Rubel.

Am Gegenstand zu der oben geschilderten Maßnahme am Regierungssitzungstag stand ein Abendessen bei dem Kommandeur des Kraftfahrwesens des Kremels. Es gab dort in ausreichenden Mengen feines Kaviar, gute Butter, bestes Weißbrot, Cognac, Weiswein und Sekt, Zigarren und Zigaretten. Der Gastgeber verziet uns, daß diese Herrlichkeiten aus der Einnahme von Misa stammten, von wo er sie ohne Wissen der russischen Regierung in einem Extrazug abgeholt habe.

Das Eisenbahnmaterial ist in einem trostlosen Zustande. Ein Sechstel des gesamten Wagenbestandes, die Hälfte aller Lokomotiven sind völlig unbrauchbar. Außer der Waffenindustrie gibt es eine Industrie überhaupt nicht mehr. Rohstoffmangel, Arbeitslosigkeit der unteren Arbeiterklasse, Gewalttate terroristischer Minderheiten haben jeden Unternehmungsgeist gelähmt. Eben werden nach kommunistischem Programm als „Lebensgemeinschaft“ auf unbestimmte Zeit“ geschlossen, die jeder der beiden Teile noch persönlichen Gütern jederzeit aufgeben kann. Soziale Einrichtungen bestehen nur noch dem Namen nach. Eine von den Delegierten benötigte Augenheilkunde spottete jeder Vergebung. Die Verhältnisse waren hier sehr trübselig. In einem mittelgroßen Raum waren 17 Tuberkulose zusammengepöckelt. Infolge der Hungersnot sind zahlreiche Studenten epidemisch erkrankt. Die Sterblichkeitsziffern sind erdrückend hoch. Sätze werden teilweise zur Vermeidung von Leiden abgegeben. Es herrscht grenzenloser Terror.

### Zum Vorfrieden

WV. Bern, 1. März. Der Pariser Vertreter der „Verges-Bund“ meldet: Aus der von Lardieu geführten Delegation über die künftige französische Grenze geht hervor, daß die französische Regierung den Annektionsbestrebungen nicht nachgegeben hat. Frankreich verlangt die bedingungslose Rückgabe von Elsch, Lothringen, d. h. mit den Grenzen von 1870 und nicht mit denen von 1815. Abgesehen hiervon begehrt Frankreich keinerlei Gebiet auf dem linken Rheinufer, auch das Saarbecken nicht. Die einzige Forderung sei, daß der Rhein die strategische Grenze gegen Deutschland bilde und daß die Kohlenzeugung im Saarbecken Frankreich vorbehalten bleibe.

WV. London, 1. März. Die „Daily News“ melden aus Paris: Der Rat für wirtschaftliche Angelegenheiten habe dem Obersten Rat die Ansicht ausgesprochen, die Alliierten würden vor Friedensschluß die Blockade aufheben müssen. Der Korrespondent des Blattes habe erfahren, daß allein in Bukarest täglich 250 Personen infolge Hungers sterben. Es verlautet, daß die Kommission zur Wiederherstellung empfindlich Deutschland zu nötigen, auf drei verschiedene Weisen zu zahlen, mit seinen Goldreserven, mit seinen Guthaben im Ausland, sowie mit Kohlen, Kali und Holz.

### Der Berliner Vollzugsrat.

Berlin, 1. März. Bei der gestrigen Sitzung des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates verlangte der Reichssozialist Kalski, daß der Rat die Aufgabe der Demokratie in der Verfassung verankert werden müsse. Er habe die Vertretung der arbeitenden Kräfte des ganzen Volkes darzustellen. Jede aus allgemeiner Wahl hervorgegangene Körperschaft solle eine Kammer der Arbeiter beisegeben erhalten, die die wirtschaftliche Entwicklung unteruchen, wirtschaftliche Gesetze prüfen und für die Sozialisierung einzelner Produktionsweige Anregung zu geben habe. Für das Zustandekommen eines Gesetzes soll es der Zustimmung beider Häuser bedürfen, doch soll ein Gesetz auch in Kraft treten, wenn die allgemeine Kammer es dreimal in derselben Form annimmt. Beide Kammern sollen das Recht haben, ein Referendum zu verlangen. Diese Richtlinien müßten einer 12gliedrigen Kommission zur Prüfung unterbreitet. Die Versammlung nahm zunächst eine von beiden sozialdemokratischen Fraktionen eingebrachte Entschließung an, in der sie sich entschieden gegen alle Versuche zur Beseitigung der Arbeiterräte wandte. Bei der dann folgenden Neuwahl des Berliner Vollzugsrates erhielten die beiden sozialistischen Parteien je sechs, die Demokraten und Kommunisten je zwei Sitze im Vollzugsrat.

### Kleine Nachrichten.

WV. Koburg, 1. März. In dem feillich geschmückten Landtagssitzungssaal in Koburg wurde heute die gesetzgebende Landesversammlung für den freien Volksstaat Koburg eröffnet. Zum ersten Präsidenten wurde der sozialdemokratische Abg. Kirchner, zum Vizepräsidenten Abg. Arnold gewählt.

Nürnberg, 28. Febr. (Privatelegramm). Der „Frankfurter Kurier“ meldet aus Augsburg: Infolge der heutigen unsicheren Lage, die in Bayern zur Anarchie neigt, machen sich in Weiskirchen Abspaltungsbestrebungen von Bayern bemerkbar. Es haben bereits Verhandlungen mit württembergischen Kreisen stattgefunden. Es wird an einen Anschluß Weiskirchens an Württemberg gedacht.

Berlin. Aus Bochum wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt: 12 Postauswärtler und Auswärtlerinnen wurden verhaftet, da sie nachgewiesenermaßen seit länger als einem Jahre in etwa 650 Fällen Pakete herabzuhaben. Auch auf dem Hauptbahnhof wurden umfangreiche Verabungen von Lebensmittelwagen durch Bahnangestellte aufgedeckt. 8 mittlere und mehrere kleinere wurden festgenommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Berlin, 1. März. Der deutschdemokratische Abgeordnete und Gewerkschaftsleiter Rüd aus Saarbrücken ist auf der Reise von Saarbrücken nach Weimar in Ohligs von den Engländern verhaftet worden. Der deutsche Regierungsvorsteher in Spaa hat die Alliierten um Aufklärung des Sachverhalts gebeten und sich erkundigt, die unverzügliche Freilassung des Abgeordneten zu veranlassen.

Genä, 1. März. Dem Korrespondenzbüro zufolge hat die zweite Kammer den Antrag Renans, morin die Neuorganisation des holländischen Heeres und eine beträchtliche Einschränkung der militärischen Ausgaben gefordert wurde, mit 43 gegen 35 Stimmen angenommen, indem sich der Kriegsminister gegen den Antrag erklärt hatte.

Bern, 1. März. In hiesigen Zeitungen richten schweizerische Frauen an die Entente die inständige Bitte, den unerbötlichen, noch nie dagewesenen Zuständen ein Ende zu machen, was nach trotz des seit 100 Tagen abgebrochenen Waffenstillstandes eine Hungerblockade in voller Strenge noch immer aufrecht erhalten wird.

Bern, 28. Febr. Finanzminister Klotz teilte dem Finanzausschuß der Kammer und des Senates mit, er denke gar nicht daran, das französische Kapital zu besteuern, solange nicht Deutschland vollständig seinen Verpflichtungen, soweit es in seiner Kraft stehe, nachkommen sei.

WV. Bern, 1. März. Die elschässischen Sozialisten protestieren in Strazburg gegen die Beibehaltung der regionalen Tendenzen in Elsch-Lothringen, das kein Ausnahmeregime erhalten dürfe. Sie fordern die Beibehaltung der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Sprache, Verstaatlichung der Eisenbahnen und der bisher im deutschen Besitz befindlichen Eisenerz- und Kohlenbergwerke. Sembat hat in der „Humanität“ sehr darüber, daß die Verfassung über Elsch-Lothringen durch die Penur außerordentlich eingeschränkt werde. In Elsch-Lothringen werde lediglich eine Politik des Grundkredits betrieben.

### Aus der Partei.

#### Konferenz des 3. bad. Nationalwahlkreises.

Im „Auerhahn“ in Karlsruhe fand gestern nachmittag eine aus allen Bezirken des 3. bad. Nationalwahlkreises gut besetzte Parteikonferenz statt. Es waren erschienen: 41 Delegierte aus den 10 Amtsbezirken des Kreises (Achern 2, Bihl 3, Baden-Baden 4, Rastatt 8, Ettlingen 5, Durlach 4, Forstheim 4, Bruchsal 5, Bretten 3 und Karlsruhe 3), 11 Genossen vom engeren Vorstand, je ein Redakteur des „Volkstreu“ und der „Forzheimer Freien Presse“, 1 Vertreter des Landesvorstandes und 8 Abgeordnete der Nationalversammlung, im ganzen 63 Vertreter. Gegenstände der Tagesordnung waren 1. Geschäfts- und Rassenbericht. 2. Aufbau der Organisation. 3. Die badischen Gemeindevahlen. Ueber den 1. Punkt sprach Gen. Parteisekretär Hebele-Karlsruhe. Er berichtete zunächst über die verfloßene Arbeit bei den letzten Wahlen, um dann über den künftigen Aufbau und Ausbau der Organisation zu sprechen. Die Partei kann neben den nach dem Kriege wieder ins Leben getretenen alten Organisationen bereits eine stattliche Anzahl neugegründeter Organisationen begrüßen, die alle in bester Entwicklung sind. Die Entwicklung sei entsprechend dem guten Ausfall der badischen und Reichsnationalwahlen weiter, überall pulsiert reges Leben. Die Rassenverhältnisse sind infolge der gewaltigen Auswanderung bei den Wahlen nicht so günstig; es muß mit außerordentlichen Mitteln zugegriffen werden, um den Fehlbetrag zu decken. Die Organisation, die bisher auf der Grundlage der alten Reichstagswahlkreise aufgebaut war, muß nun eine Umgestaltung erfahren, nachdem es keine Reichstagswahlkreise mehr gibt. Die neue Organisation muß entsprechend der neuen Wahlkreiseinteilung (Landeskommissariatsbezirke) und auf der Grundlage der Amtsbezirke sich aufbauen.

Die Ausdrücke war eine sehr rege, sie drehte sich hauptsächlich um die Frage der Doppelmandate, der Anstellung eines beidseitigen Sekretärs und die vom Landesvorstand durch Gen. Sahn mitgeteilten Richtlinien über den Aufbau der zukünftigen Landesorganisation. Die Sekretärfrage wurde schließlich auf eine spätere Konferenz vertagt; die Frage der Doppelmandate — es handelt sich in Baden nur um das Mandat des Gen. Rüdert, der zugleich Mitglied der badischen wie der Reichsnationalversammlung ist — wurde dahin entschieden, daß Gen. Rüdert beide Mandate behalten soll. Die Konferenz ging bei Abänderung ihres früher gefaßten Beschlusses, der Doppelmandate vermeiden wolle, von der Erwägung aus, daß es notwendig ist, daß ein Vertreter der badischen Nationalversammlung auch der deutschen Nationalversammlung anhöret, im Interesse einer einheitlichen Politik der beiden Parteifractionen. In der Frage der Deckung der Wahlkosten lag ein Antrag des Landesvorstandes vor, wonach von jedem Parteimitglied ein einmaler außerordentlicher Beitrag von 1 M. geleistet werden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ueber die Gemeindevahlen referierte Gen. Stadtrat Ged. Karlsruhe. An Hand des letzten erschienenen Regierungsentwurfes eines Notgesetzes über die Wahlen zu den Gemeindevereinen berichtete Gen. Ged. über den Inhalt des Gesetzes und über dessen Fortschritte gegenüber dem bisherigen Gesetze. Im Anschluß daran gab er eine Anleitung und Richtlinien über die Arbeit und Organisation der in kurzer Zeit stattfindenden Wahlen. Auch an diese Ausführungen schloß sich eine kurze Ausdrücke, in der die Delegierten sich mit den mitgeteilten Richtlinien im wesentlichen einverstanden erklärten. — Die Konferenz hat nun den Rahmen gegeben, in dem geschäftlich und ausgebaut werden soll; ihn auszufüllen ist Sache der Bezirksleitungen und in letzter Linie der einzelnen Ortsvereine. Ueberträgt sich der arbeitstüchtige Genl. der in der Konferenz war, auf die Bezirks- und Orts-

des weiteren Kreis, dann brauchen wir an einem Entschluß und Siege auch bei den Gemeindevahlen nicht zu zweifeln.

#### Für einen Parteitag.

Im „Vorwärts“ fordert Genosse Erwin Barth dringend die baldige Einberufung eines Parteitages. Er stellt fest, daß wir einen Parteitag dringender brauchen als jede andere Partei. Die Forderung der Sozialdemokratie an der Regierung mache ihn nicht überflüssig, sondern erst recht nötig. Gerade weil wir mit bürgerlichen Parteien gemeinsam ein Koalitionsministerium gebildet haben, in dem es unmöglich ist, reine sozialdemokratische Politik zu treiben, in dem vielmehr nach der Natur der Dinge KonzeSSIONen gegenüber den anderen, an der Regierung beteiligten Parteien notwendig sind, gerade deshalb ist es erforderlich, die Meinheiten unserer Parteinteressen zu wahren und alles daran zu setzen, daß die Partei als solche nicht leibhaftig nach den durch die realpolitischen Faktoren bedingte Faltung der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung orientiert wird. Aber noch andere Gründe lassen nach Barths Ansicht einen Parteitag dringend erforderlich erscheinen.

„Das Gefüge unserer Organisation ist während der ganzen Revolution ungestört durch nichts gestört worden. Das Strafrecht, das sich sonst als wohlgefügtes Straßensystem von Berlin aus über das ganze Reich gelegt hat, ist merklich gelockert. Angefangen vom Parteivorstand, dessen Mitglieder zum großen Teil durch aufstrebende ministerielle Tätigkeit und durch Abgeordneteneigenheiten ausgezehrt werden, bis hinab zu den Kreisorganisationen, deren Führer zu einem großen Teil Mitglieder irgend welcher größerer oder kleinerer Arbeitgeber oder Verwaltungskörperschaften geworden sind, besteht die Gefahr des Absterbens der zentralen organisatorischen Kräfte. Die Revolution hat alles, was bisher die Parteiquantitäten gezeigt hat, mit neuen Aufgaben belastet. Und die große Schaar der Parteimitglieder fühlt sich ihrer Organisationsangehörigen fest. Niemand kennt die Richtlinien, nach der die Partei zu den neuen Verhältnissen tatsächliche Stellung zu nehmen hat. Barth bemerkt am Schluß seiner Ausführungen, daß die von ihm aufgeführten Gründe noch bei weitem nicht erschöpfend sind. Auch wir bemerken, daß sie sich leicht um weitere bereichern lassen. So erhebt uns beispielsweise notwendig, daß die Politik der in leitenden Regierungsstellen befindlichen Genossen nach demokratischen Grundsätzen durchaus einer gewissen Kontrolle durch die Partei bedarf, zumal da letzten Endes doch die Partei dafür die Verantwortung tragen muß. Damit wollen wir durchaus nicht sagen, daß alles, was diese Genossen bisher geleistet haben, kritisch heruntzergerissen werden soll. Aber es kann offen ausgesprochen werden, daß neben vielem Guten und Anerkennenswerthem auch hier und da ein Versehen zu bemerken ist. Durchaus nicht von allen, aber von einzelnen Parteigenossen in führenden Ämtern wird geäußert, daß sie den Einflüssen ihrer neuen Umgebung zu sehr nachgeben. Die Parteigenossen im Lande haben die Ueberzeugung, daß bei allen sachlichen Schwierigkeiten hier und da doch energischer durchzugreifen werden könnte. Es kann jedenfalls nicht schaden, wenn ein Parteitag auch in dieser Beziehung unter Regierungsmitteln den Mäßen steht und ihnen die Wünsche der Parteigenossen in Bezug auf ihre Tätigkeit deutlich zu Gehör bringt.“

Barth stellt eine bedrohliche Desorientierung aus den Parteiangehörigen fest. Niemand kennt die Richtlinien, nach der die Partei zu den neuen Verhältnissen tatsächliche Stellung zu nehmen hat. Barth bemerkt am Schluß seiner Ausführungen, daß die von ihm aufgeführten Gründe noch bei weitem nicht erschöpfend sind. Auch wir bemerken, daß sie sich leicht um weitere bereichern lassen. So erhebt uns beispielsweise notwendig, daß die Politik der in leitenden Regierungsstellen befindlichen Genossen nach demokratischen Grundsätzen durchaus einer gewissen Kontrolle durch die Partei bedarf, zumal da letzten Endes doch die Partei dafür die Verantwortung tragen muß. Damit wollen wir durchaus nicht sagen, daß alles, was diese Genossen bisher geleistet haben, kritisch heruntzergerissen werden soll. Aber es kann offen ausgesprochen werden, daß neben vielem Guten und Anerkennenswerthem auch hier und da ein Versehen zu bemerken ist. Durchaus nicht von allen, aber von einzelnen Parteigenossen in führenden Ämtern wird geäußert, daß sie den Einflüssen ihrer neuen Umgebung zu sehr nachgeben. Die Parteigenossen im Lande haben die Ueberzeugung, daß bei allen sachlichen Schwierigkeiten hier und da doch energischer durchzugreifen werden könnte. Es kann jedenfalls nicht schaden, wenn ein Parteitag auch in dieser Beziehung unter Regierungsmitteln den Mäßen steht und ihnen die Wünsche der Parteigenossen in Bezug auf ihre Tätigkeit deutlich zu Gehör bringt.“

Bruchsal, 3. März. Am Dienstag abend halb 8 Uhr findet in der „Krala“ die Generalkonferenz des Gewerkschaftsbundes statt. Hierzu sind insbesondere die Delegierten der in der Provinz der Gewerkschaften höchst einzeln eingeleitet mit der Bitte um pünktliches Erscheinen.

Berlin. Die Verammlung der Berliner Parteifunktionäre am 28. Februar forderte laut „Vorwärts“ einstimmig die sofortige Einberufung eines Parteitages. Sie wünschte ausdrücklich, daß der Faden der Verständigung mit den Bruderparteien weiter gespannt und die gegenseitige Bekämpfung eingestellt werde.

### Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

Ortes, oder gar der Soldaten, welche hier in ihren Sünden gefallene waren und die nun wegen der verübten Verbrechen keine Flüsse finden konnten in ihren Gräbern?

Diese Vorstellung war schrecklich für das arme verlassene Geschöpf. Sie war gewiß mutig und hatte es in den ersten Tagen bewiesen, aber hier handelte es sich nicht um Erleichterungen des wirklichen Lebens. Bitternd wie Ebenland lag sie da, mit laut pochendem Herzen und febernden Schläfen. Vielleicht war dies ein Geisteshauch, in welchem ein ruheloher Geist allmählich seinen Spür trieb. Und wenn er näher kam — vielleicht gar zu ihr in die Stube — der Schreck würde sie töten!

Eben erlöste der geheimnisvoll schredende Ruf von neuem, so laut und deutlich wie nie bisher. . . .

Margarete schreuderte die Decke von sich.

„Es ist eine Menschenstimme,“ murmelte sie verstört. „Vielleicht ein armer Verwundeter, der nach Hilfe schmachet.“

„Sie lautete angestrengt.“

„Nicht — jetzt wieder —“

„Gewiß — es war ein Wimmern, ein Stöhnen.“

Wenn die Töne von einem unglücklichen Menschen, der es Mann oder Weib, Soldat oder Landmann, ausgingen, durfte sie den vielleicht Sterbenden, Verdammenden ohne Hilfe und Trost lassen? Ihr edles Herz antwortete „Nein“, aber die Furcht obbe zurück vor den Forderungen dieses Bescheids.

Kaum wagte sie, sich zu bewegen, und sie sollte in der Nacht ihr Lager verlassen und sich einer unbekanntem, ganz unbekanntem Gefahr aussetzen?

Aber war sie nicht gestern die ganze Nacht unterwegs gewesen? Sollte sie nicht die tote Mühe beucht und sich nicht gefürchtet, die anderen schauerlichen Stätten zu betreten? Ja, aber der Hunger war da die Triebfeder ihrer Kühnheit — der hatte Mensch ist feige, das empfand sie zur eigenen Beschämung an sich selber.

Nein, ihr moralischer Mut war größer als der physische. Sie hatte auch G'se durch edle Menschen gemunden und sollte sie ein unglückliches Weib ihrer Art vielleicht leiden und sterben lassen? Sterben durch ihre Schuld? Hoffia drang sie empor, trat an das Fenster und zog drüben die Schürze weg.

Eben wieder das Stöhnen, diesmal kläglich, jammernder als vorher.

Kein Zweifel, es kam aus der Gegend des angebauten Schuppens, vielleicht aus diesem selbst.

In diesem Schuppen lag ein Mensch, ein kranker, hilflosdummer, vielleicht sterbender Mensch!

### Vierter badischer Rätetag.

• Durlach, 1. März.

Die Delegierten der badischen Arbeiter-, Bauern- und Volksräte trafen heute vormittag zur 4. Tagung in Saale der Festhalle zusammen. Als Tagesordnung war von der Landeszentrale festgesetzt:

1. Die badische Verfassung und das Notgesetz für die Gemeindevahlen. Referent: Gen. Dr. Kraus.

2. Die politische Lage im Lande und im Reich. Referent: Gen. Adam Kemmle.

3. Der Stand der Lebensmittelversorgung.

Namens der Landeszentrale eröffnete und begrüßte Gen. A. Kemmle die Versammlung. Die Vorläufige im Reich und in Baden haben eine schnellere Einberufung der Tagung nötig gemacht. Die früheren Tagungen haben sich auf den Boden der Verfassung und der Demokratie gestellt und es sollte diese Tagung ursprünglich sich mit der Frage beschäftigen, inwiefern durch die Verfassung die Errungenschaften der Revolution gemäherlicht sind, um dann über die weiteren Aufgaben der Räte zu sprechen. Die Arbeiten der Verfassungskonferenz sind jedoch noch nicht beendet, es kann also über die Verfassungsfrage erst später gesprochen werden. Auf der Tagesordnung ist noch ein telegraphischer Antrag aus Lörrach eingelaufen, der beim zweiten Tagesordnungspunkt erledigt werden soll. Er wünscht eine Ausdrücke über die rechtliche Stellung der Räte und Rechtschaffenheit über Strafantrag gegen Mitglieder von Räten.

Zum 1. Vorhänden der Verammlung wurde durch Kraus Gen. A. Kemmle, zum 2. Vorhänden Gen. Dr. Kraus, zum Schriftführer Gen. Lehmann-Sodenheim bestimmt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des Todes von Kurt Eisner und des Nordanschlags auf Auer und andere Revolutionäre. Diese Ausdrücke der Politik mit der Waffe zu betreiben wir aufs schärfste, wir verurteilen dieses Verbrechen und sprechen die Hoffnung aus, daß in Zukunft nicht mehr die Waffe als Mittel im politischen Kampfe gelten wird. Auch in unserem engeren Vaterlande haben sich Ereignisse abgepielt, die gleich nichts sind, wie jene in München. Auch in Mannheim mußte ein Anhänger unserer Sache sein Leben hingeben.

Zum Zeichen des Bedenkens an die Opfer jener Vorgänge erhob sich die Versammlung von den Sitzen.

Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten.

Die badische Verfassung und das Notgesetz für die Gemeindevahlen. Referent Abg. Dr. Kraus: Bei der letzten Tagung haben wir erklärt, daß wir Gewehr bei Fuß stehen wollen und abwarten, wie die Verfassung sich gestalten wird; ob in ihr die Errungenschaften der Revolution festgelegt sind. Man darf die Bedeutung einer Verfassung nicht unterschätzen und nicht übersehen. Die Frage des sozialen Rechts und des Sozialismus sind keine Dinge, die sich in die Paragraphen einer geschriebenen Verfassung festlegen lassen. Da ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, der Selbstverwaltungsgewerkschaften das durchzuführen, was sie für die Zukunft fordern.

Ubereinstimmend mit der Reichsverfassung ist als erstes und oberstes in der Verfassung niedergelegt: Baden ist eine demokratische Republik. Damit ist der Klassenstaat abgeschafft. Das Volk ist Träger der Staatsgewalt, es hat die letzte Entscheidung. Es ist zur Wahl zum Landtag nun am 20. Lebensjahr teilhabend worden; alle Angehörigen des Volkes, die dieses Alter erreicht, ohne nennenswerte Geschlechts, sind wahlberechtigt. Bei der Entscheidung der Militärfrage zeigte die Verfassungskommission einen guten Instinkt, als sie festlegte, daß die Regelung im Rahmen der Reichsverfassung geschehen soll unter Wahrung der besonderen bundesstaatlichen Interessen. Bei der Festlegung der wahlberechtigenden Staatsgewalt wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Verfassung ausschließlich in der Hand des Volkes bleibt. Wichtige Bestimmungen und Schädigungen der früheren Verfassung sind damit beseitigt.

Wir haben in der Frage des Eigentums erreicht, daß ein Satz in die Verfassung hineinnimmt, der besagt: Das Eigentum ist beschränkt durch die gemeinwirtschaftlichen Interessen. Eine zweite wichtige Frage ist die des Koalitionsrechts. Jeder Wähler hat nun das Recht auf freie Koalition. Die Klausel bezüglich der Staatsbeamten ist gefallen. In der Kirchenfrage hat man

### Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme.

32 (Nachdruck verboten.)

Schon bevor sie das Amen sprach, waren ihre Gedanken im Entschwinden. Noch einmal sammelte sie sich und sprach es nun dreimal, da sie ohne Amen ihre Gebete nicht wirksam glaubte. Nun zog sie die dicke Wolldecke über sich und entschloß sich. Doch trotz aller Müdigkeit nicht lange. Draußen im Walde erhob sich nach einiger Zeit ein juchzendes, fast überbetäubendes Getöse. Margarete rühr auf und horchte ächzend. Mehrere Wölfe heulten in der Nähe, wahrscheinlich angelockt von dem Reiznamen des geliebten Herdes. Jedemfalls konnten sie ihr in ihrem heillosen Zustande nicht gefährlich werden. Trotzdem fürchte das klägliche Gemüsel ihren Schummer. Nach einer Weile ward es leiser, die Bestien schienen sich zu entfernen oder hatten sich vielleicht auch in ihren Fraß vertieft.

Wieder senkten sich die blonden Wimpern — da durchdrang ein hellam geheimnisvoller Ton die totenstille Nacht. Margarete lauschte mit erhobenem Haupte. Das klang idyllischer als Wolfsgeschrei. Es war wie ein Erzittern der Luft selber, wenn sie im Zustande starker Bewegung durch eine enge Öffnung gepreßt wird. Oder vergleichbar dem Tone einer kläglich gestimmten Windharfe.

Margarete tröstete sich damit, es sei die Wirkung des Windes, der durch die Bäume jauchse oder vielleicht den verrosteten Wetterhahn auf dem verfallenen Kirchturme herumdrehe. Als sich der helltöne Ton indessen wiederholte, kam sie von dieser Meinung zurück. Der Himmel hatte bis zu erst volle Klarheit und Reinheit gezeigt, kein Rüstchen regte sich und ein Umschlag des Wetters stand nicht zu erwarten. Auch warf der liebe Mond trotz der Schürze am Fenster hell, gepfeifige Streifen auf den Erdboden.

Nein, es klang nicht wie die Stimme der Windharfe. Sie war sich unruhig hin und her und horchte, ob sich der Ton wiederholte.

Jetzt — jetzt klang er deutlich durch das Fenster —

Großer Gott, dieser Ton besaß etwas Menschliches! Er klang wie ein Klagegelaute, ein Weh- und Schmerzensruf! —

Margarete zog erschrocken die Decke über ihr Gesicht. Wenn sie auch eine aufklärtere Erziehung durch ihren Vater genossen hätte als die meisten Mädchen der damaligen Zeit, so war sie doch nicht ganz frei von Aberglauben. Warum sollten das, jagte sie sich ergebend, nicht die Seelen abweichender Geister sein, vielleicht der ehemalige Bewohner dieses verlassenen

Wenn sie doch nur ein Licht gehabt hätte! Sie ging zum Ofen und schaute nach etwa noch vorhandenen Spuren von Gut. Alles finstler und kalt. Wenn sie nun auch leicht neues Feuer hätte anzünden können, da sie noch einen Rest Holz besaß, so würde doch ein brennendes Holzkeil ihr nichts helfen. Kleinjane brach sie leider nicht. Und im Dunkeln gehen, wie leicht einer unbekanntem Gefahr entgegen?

Margarete fand einige Augenblicke unerschlossen. Es mußte sein! Menschenliebe und Menschenpflicht forderten es von ihr. Ihr Herz sprach sie trotz aller Einwendungen, die sie sich selber machte, nicht frei. So stieg sie endlich empor, schloß die Tür zu. Erst langsam, dann immer schneller, stieg sie die schadhafte, unheimlich knarrende Treppe hinab. Gleich darauf stand sie im Hofe, und er sah gar nicht furchtbar aus im hellen, freundlichen Mondlicht.

Der Schuppen besaß keine Tür mehr, direkt nähnte ihr die Eingangsoffnung entgegen. Noch einmal stand sie zögernd davor still, da vernahm sie aus nächster Nähe das Stöhnen, das jetzt viel herzzerreißender klang — sie trat hinein. Obgleich der Raum von Scheine des Mondes erfüllt war, konnte sie im ersten Augenblicke nichts erkennen, bald aber unterdrückte sie im Winkel eine dunkle Gestalt. Dort lag jemand auf dem harten Lehmboden, und er war es, von dem das Schmerzensgewimmer ausging.

„Wer ist hier?“ fragte sie laut und sich zur Herzhaftigkeit zwingend.

Keine Antwort als ein neues Stöhnen.

„Seid Ihr verwundet? Habt Ihr Schmerzen?“

Sie trat näher und sah etwas Glänzendes, Rotes im Mondchein aufleuchten. Also ein Soldat, aber er war offenbar nicht imstande, zu sprechen. Alle Angst wich nun von ihr, sie war nur noch Weib voll Mitleid und Teilnahme. Sie kniete an seinem Lager nieder und fragte laut: „Armer Mann, was kann ich für Euch tun?“

Ein klüftender Rauch drang zu ihr, aber unverständlich. Sie neigte ihr Ohr dicht über ihn.

„Wasser.“ Lipete der Unbekannte.

„Eine Minute Geduld, ich hole es gleich herbei.“ Sie eilte, jetzt aber mit der Schnelligkeit eines Nebs, nach ihrer Stube zurück, holte ihren Topf und füllte ihn an dem Minsal mit frischem Wasser. Nun kam sie zurück und neigte seine brennenden Lippen.

Er holte tief und wie erleichtert Atem.

„Wehr.“

Sie wiederholte die Erbitung, dann küßte sie nach seiner Stirn. Diese war brennend heiß.

(Fortf. folgt.)

Durch gegenseitige Abmachungen Vereinbarungen getroffen, mit denen auch wir uns zufrieden geben können. (Oho-Rufe.) Jeder hat seine Freiheit, es kann niemand mehr gezwungen werden, in die Kirche zu gehen, wie auch niemand gezwungen werden darf, die Kirche zu verlassen. Nicht nur die christlichen und jüdischen Kirchen haben das Recht der Selbstverwaltung erhalten, auch die freireligiösen und sonstigen Bekenntnisse, alle Religionsgemeinschaften haben die staatliche öffentlich-rechtliche Anerkennung gefunden. Genau wie jeder das Recht hat, eine bestimmte religiöse Überzeugung zu haben, so hat auch jeder das Recht auf Freiheit des religiösen Unterrichts in der Schule. Es wird auf der einen Seite keinem religiösen Bekenntnis zu nahe getreten, auf der anderen Seite hat auch der freireligiöse Religionsunterricht seine volle Freiheit. Wir haben unter Wahrung aller Interessen einen Weg gefunden, der den freien demokratischen Entwicklung den Weg öffnet. Die Volksschule ist staatliche Pflichtschule; auch hier ist ein großer Fortschritt erreicht. Alle Volksgenossen sind verpflichtet, ihre Kinder in die Volksschule zu schicken. Die Entwicklung wird das, was wir noch wünschen, uns zuführen in der kommenden Zeit.

Das Volkserferenzium wird maßgebend in Wäde praktisch beteiligt werden; die Verfassung soll bekanntlich der Volkserferenzverwaltung überlassen werden. — Wir fordern ein größeres Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, denn nur dadurch kann der alte Ortsrat beibehalten werden. In dem neuen Gemeindegesetz hat man keine grundlegenden Änderungen vorgenommen, diese sollen erst später kommen. Jetzt ist nur die freie, gleiche, direkte Wahl, vom 20. Lebensjahr an und das weitgehendste Selbstverwaltungsrecht festgelegt. Manche meinen man könne die Demokratie und den Sozialismus nur mit den Mitteln des Militarismus durchführen. Man möge doch aber bedenken, daß nunmehr auch in den Gemeinden durch die neuen Gesetze der Gedanke des sozialen Rechts zur weitgehenden Durchführung gelangt. Es liegt nur an den Genossen, hier vorwärts zu schreiten und vorwärts zu drängen.

Im Gegensatz zum Reich haben wir in Baden von einem Staatspräsidenten abgesehen. Es ist kein Grund vorhanden, daß wir nun statt Landesoberhaupter 2 Staatspräsidenten erhalten. Wir brauchen die Reichseinheit und diese Gestaltung der einzelstaatlichen Regierungen ist mit ein Schritt dazu.

Das politische Prinzip der Demokratie ist in der Verfassung durchgeführt. Die Macht liegt in der Hand des Volkes. Es liegt jetzt an den einzelnen Gruppen des Volkes, sich durchzusetzen und der weiteren Entwicklung das Gepräge ihrer Anschauungen zu geben. Unsere Arbeit muß es sein, der Verfassung den Inhalt zu geben, die wir am 9. November als Grundlage unserer demokratischen Forderungen aufgestellt haben. (Beifall)

**Ausdrücke**

vermischt Buntobel-Freiburg, daß Gen. Kraus nicht auch die Schattenseiten der Verfassung herausgearbeitet hat. Die Erlebung der Schulfraße bedingt einen Rückfall in die vorrevolutionäre Zeit. In der Kirchenfrage hat man eine entschiedene Stellungnahme vernommen.

Gen. Kraus wendet sich gegen die Aufstellung der freiwilligen-Regimenten. Die Kirche steht noch auf dem Boden der alten moralischen Weltanschauung. Es ist Weltanschauung gegen Weltanschauung; daß die anderen Religionsgemeinschaften anerkannt werden, bedeutet aber einen Schritt vorwärts. Auch die Lösung der Schulfraße bedeutet einen Fortschritt. Durch das Volkserferenzium ist ein großes Feld der Betätigung gegeben. Den Gemeindegliedern muß der Eintritt in den Gemeinderat und Stadtrat gewahrt werden. Es ist doch auch Staatsbeamte in Regierungsdienst. Im Verfassungsausschuß ging es in letzter Zeit langsam vorwärts; wenn es nun wieder rascher geht, so tragen wohl die Erwägungen der letzten Tage ihren Teil Schuld daran. Unsere Partei ist der Geist, in dem wir kämpfen.

Hundst. Georgen spricht über das Staatsrecht der Arbeiter. Der Achtundzestag ist wohl beschloßen, aber die Unternehmer bekommen sich nicht darum. Sie erkennen weder den Arbeiter noch die Regierung an. In der Schul- und Kirchenfrage hätte unsere Partei einen konsequenteren Standpunkt einnehmen sollen.

Neuber-Freiburg weist darauf hin wir hätten keine demokratische Republik gewollt, wie Dr. Kraus ausdrukt, sondern eine sozialistische Republik. Welcher immer gepredigt wird, wir müßten wieder zur Ruhe und Ordnung kommen, deshalb haben wir keine Ruhe, weil viele nicht mit uns zufrieden sind, was erreicht worden ist. Religion als Pflicht gehört aus der Schule heraus.

Walter-Börsch: Die Verfassung hat in vielen Dingen nicht das gebracht, was wir von ihr erwartet haben. Es ist kein Vorteil, wenn die Wählbarkeit auf 25 Jahre hinaufgesetzt worden ist. Wir fordern die Befreiung der Aufwendungen für die Kirche aus öffentlichen Mitteln. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche ist wiederum hinausgeschoben. Wenn der Religionsunterricht nun auch in den Gemeinderäten und Fortbildungsschulen erteilt werden muß als Pflichtfach, so bedeutet das einen Rückschritt. — Auch die Gemeinderäte bedürfen einer Entlohnung wie die Stadträte. Wir dürfen nicht alles lang- und langlos hinnehmen.

Gott-Orangas: Die neue badische Verfassung ist im selben Sinne wie in der alten Kaiserlichen Zeit gestaltet worden. Ein Fortschritt ist nicht zu bemerken.

Stolz-Springen spricht über die Ausgestaltung des Generalmandats des 14. A. R.; auch Mannschaften und Unteroffiziere gehören dorthin berufen; die preußischen Offiziere gehören weg. In den Verwaltungsgesetzen stehen noch die alten bürokratischen Vertreter mit ihrem reaktionären Geiste.

Rome-Waldkirch: In den Religionsfragen ist keine klare Bahn geschaffen. Die nunmehrige Gestaltung der Verfassung bedeutet eine Enttäuschung. Das Zentrum hat einen Sieg auf der ganzen Linie erreicht. (Sehr richtig!) Es heißt wohl, wer nicht in die Kirche will, der kann draußen leben, kann aus der Religion austreten, das geht in der Großstadt, aber wer auf dem Lande lebt, wird wissen, daß das für viele dort einfach unmöglich ist. Die Dotationen bleiben bestehen. Es hätte dafür georgt werden müssen, daß heute auch ein Korrektur gegeben werden konnte. Auch die neue Gemeindeverfassung läßt unbefriedigt. Die Bürgermeisterei sollte im ganzen Lande eine direkte sein.

Mäder-Flurg: Die Bestimmung in der Gemeindeverfassung über die Wahlen in kleinen Gemeinden ist unbillig; die Gemeinden werden in ihrer Entwicklung gehemmt.

Welter-Breisach: Nach einem solchen Krise gehört Klarheit in die Welt und diese fehlt in diesem Verfassungsentwurf. Wir haben von vornherein nicht revolutionär gehandelt und in diesem Kompromis sehen wir nun die Folgen. Im Bezirk Breisach wurde der Aufbruch der Volksschule überhaupt nicht veröffentlicht, so weit sind wir schon. Wir können das Verfassungswerk nicht kritisieren, weil wir das nötige Material nicht haben, es hätte also keinen Zweck, darüber zu sprechen.

Meer-Wenheim: Jeder Bundesstaat im Reich muß gleichmäßig zur Geltung kommen; wir wollen keine Diktatur Preußens. Sommerloch-Freiburg: Die Verfassung ist kein großer Revolutionserfolg; sie kann auch nicht sein. Die Verfassung ist ein Ausdruck der heute bestehenden Kräfteverteilung. Die Revolution ist aus der Krisenzeit herausgebrochen und nicht aus dem Geiste. Solange das deutsche Volk nicht politisch und geistig reif geworden ist, solange kann auch eine Verfassung nicht klar sein. Es muß eine Mittelmaßnahme herauskommen. Etwas anderes schaffen, das ist Aufgabe der kommenden Jahre.

Brähler-Freiburg: Das bedeutendste in der Verfassung ist die Befreiung des Wahlalters auf 20 Jahre; die Wählbarkeit bei erst 25 Jahren ist kein Rückschritt. Der Staat ist verpflichtet, konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen, so lange es der größte

Teil des Volkes noch wünscht. In den Anstalten aus der Kirche sind so schwere Bedingungen geknüpft, daß dies ein Rückschritt bedeutet. Auf dem Lande wird es keine Möglichkeit geben, sich dem Zentrum zu entziehen.

Frühling-Durlach: Wo wollen wir die sozialistische Republik zurzeit schaffen, wenn wir die Gewalt nicht anwenden wollen? Aber das wollen wir doch nicht! Also können wir nur den Weg der Demokratie gehen. Hauptsache ist, um es anders werden zu lassen, daß Aufklärung im Volke geschaffen wird. Wir müssen dafür sorgen, daß die Verfassung ausgebaut wird für die Zukunft. Einigkeit tut uns not.

Wissmann-Mannheim: Es kommt heute vor Allem darauf an, praktische Arbeit zu leisten. Durch das gegenseitige Bekämpfen würde viel Wichtiges außer Acht gelassen. Die Wohl der Bürgermeistereien sollte direkt erfolgen. Die Arbeiterfrage bezieht es nicht, daß nun auch nach der Revolution der Religionsunterricht Pflichtfach sein soll; damit wird sich die Arbeiterfrage nicht abfinden. Wenn wir nicht alle unsere Wünsche durchgesetzt haben, so deshalb, weil wir nicht die absolute Mehrheit im Landtage haben. In bezug auf den Kampf der Genossen von weiter links gegen uns. Das schließt nur zur Freude des Bürgerturns aus, das der lachende Dritte ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Zum Notgesetz über die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung führt Gen. A. Remmele aus, daß das Verhältnismäßigkeitsprinzip für alle Gemeinden eingeführt ist. Die Frage der Wohl der Bürgermeistereien muß grundlegend erst in der neuen definitiven Verfassung festgelegt werden.

Dr. Kraus zum Schlußwort: Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Diskussion auf einem höheren Niveau gestanden wäre. Fast kein Redner ist auf die prinzipiellen Dinge eingegangen; positive Vorschläge wurden nicht gemacht. Entweder ist die Verfassung der Ausdruck des Volkswillens oder sie ist ein Mittel in der Hand einer Klasse, um einer anderen Klasse zu diktieren. So vor es vor der Revolution. Die Wahl hat entschieden, daß die Sozialdemokratie noch nicht die Mehrheit des Volkes hat. Deshalb kann die Verfassung noch nicht sozialistisch sein. Wir können all die Schul- und Kulturforderungen nicht entscheiden, wie wir es als Sozialdemokraten wünschen, sondern sie müssen nach den bestehenden Verhältnissen entschieden werden. Wir haben auf Grund dieser bestehenden Verhältnisse eine Form der Trennung von Staat und Kirche gefunden, die allen Richtungen Rechnung trägt. Wir wollen vorläufig zufrieden sein, daß wir den demokratischen Rahmen für die kommende sozialistische Entwicklung haben. Im weiteren laßt Redner in eingehender Ausführung die Notwendigkeit einer stillschweigenden Erziehung dar. Seine Darlegungen fanden lebhaften Beifall.

Zu dem Punkt sind zwei Anträge eingelaufen:

1. Die Landesversammlung der A. und S. Räte drückt folgenden Wunsch aus: Es ist ein Initiativvertrag in der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung als Zusatz zur Verfassung einzubringen, daß Staatsbürgerrechte als Pflichtfach der Schul- aufzunehmen werden. Von welcher Schulklasse ab und in welcher Weise dieser Unterricht erteilt wird, ist einem Beschluß der Lehrerverbände zu überlassen.

2. Die Behandlung des Verfassungsentwurfs kann die heutige Landesversammlung nicht befriedigen, da sie nicht der weittragenden Bedeutung dieser wichtigen Angelegenheit des badischen Volkes entspricht. Es soll daher in einer in 2 Wochen tagenden Landesversammlung erneut und ausschließlich dieser Punkt behandelt werden, zu dem rechtzeitig ein Referent und Korreferent zu bestellen ist. Das gedruckte Material ist rechtzeitig den A., B., C. und D. Klässen des Landes zum Studium vorzulegen.

Als zur Erfüllung dieser Forderung leihen die A., B. und C. Räte jede Verantwortung für den vorliegenden Verfassungsentwurf ab.

Beide Anträge werden angenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß 118 Delegierte der A., B. und C. Räte anwesend sind und 82 Delegierte der Soldatenräte, zusammen 196 Delegierte.

Es wurde in die Mittagspause eingetreten.

**Baden.**

**Die zweite Lesung des Verfassungsgesetzes.**

Der Verfassungsausschuß konnte am Samstag die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs noch nicht beenden. Er erledigte die §§ 18 bis 42, von denen ein großer Teil ohne wesentliche Änderungen angenommen wurde. Die Beschlußfassung über den noch immer kritischen Schulparagrafen wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Zur Patronatsfrage wurde von Zentrumsseite folgender Antrag gestellt: „Die ehemals landesherrliche, sowie die ständische und grundherrliche Patronate, soweit diese nicht nachweislich Privatpatronate sind, werden aufgehoben.“ Der Antrag wird mit allen Stimmen gegen diejenigen des deutsch-natl. Vertreters angenommen.

Zu einer lebhafteren Aussprache kam es bei der im Gesetz enthaltenen Bestimmung, daß die Ortspolizei den Gemeinden zustehe, sofern nicht durch Gesetz einzelne Teile derselben dem Staat vorbehalten sind. Der Minister des Innern bemerkt dazu, daß dadurch dem Staat, dessen polizeiliche Aufgabe in Zukunft noch beträchtlich wachsen würde, dauernde Fesseln angelegt würden. Eine Festlegung der Ortspolizeifrage in der oben erwähnten Form würde nur beständige Kompetenzkonflikte zwischen Staat und Gemeinde heraufbeschwören. Von verschiedenen Seiten wird dieser Ansicht des Ministers widersprochen, schließlich wird aber die Bestimmung gestrichen. Gleichfalls eingehend besprochen wurde im folgenden ein Zentrumsantrag, demzufolge die Minderheiten nach dem automatischen System so geregelt werden soll, daß die in den einzelnen Wahlkreisen unzureichend geliebten Stimmen durch das ganze Land zusammengezählt und danach bei der Verteilung der Mandate zu berücksichtigen sind. Eine Abtönung über diesen Antrag wurde ausgeübt, da sich die Fraktionen erst darüber aussprechen wollen.

**Aus dem Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918/19.**

Der von dem Haushaltsausschuß der bad. Nationalversammlung bereits genehmigte Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918 und 1919 ist jedoch im Druck erschienen. Er enthält u. a. die Anforderung von 540 000 M für Kriegsteilnehmerleistungen an Hinterbliebene von Hauptlehrern; von 1 250 000 M für Kriegsteilnehmerleistungen an zurückgekehrte etatsmäßige Beamte und Volksschullehrer, von 2 Millionen für Kriegsteilnehmerleistungen an Hinterbliebene etatm. Beamten, ferner eine Anforderung von 24 Millionen für außerordentliche Zuwendungen an Beamte, Bedienstete und Lehrer. In dieser letztgenannten Summe ist enthalten der Zuschlag zur Kriegszulage mit 13,5 Millionen und die einmalige Teuerungszulage (für März) mit 10,5 Millionen.

In Ginnaßmen enthält der Nachtrag zum Staatsvoranschlag den Betrag von 11,5 Millionen, der aus der bereits mitgeteilten Erhöhung der Vermögens- und Einkommensteuer gewonnen wird und einen Fohlen mit 1,5 Millionen Ertrag der Eisenbahnverwaltung an Kriegsteilnehmerleistungen für zu-

rückgekehrte Beamte und Hinterbliebene solcher, zusammen mit 13 Millionen. — Ferner enthält dieser Nachtrag einen Ausgabeposten von 43 552 M der Eisenbahnbetriebsverwaltung, darunter 12 747 000 M für Löhne und Stützlohn, 1,5 Mill. für Beihilfen an zurückgekehrte Beamte, 15 280 000 M für Kriegszulagen und Teuerungszulagen für etatsmäßige Beamte und das nicht etatm. Personal, ferner 5 525 000 M für Löhne der Bahnanhaltungsarbeiter, Bedienung der Bauhelfer und 8,5 Mill. für Löhne der Werkstatthelfer. Ueber die Deckung dieser Ausgaben hat sich die Regierung ihre Vorschläge noch vorbehalten.

Das 14. Armeekorps. Nach Erkundigungen an zuständigen Stelle beruht die Zeitungsnachricht von der Auflösung des 14. A. R. auf einem Irrtum. Das 14. A. R. bleibt in seiner bisherigen Form bestehen; über seine spätere Gliederung werden 3. B. Beratungen in Weimar gepflogen. Die Regelung erfolgt späterhin durch ein Reichswehrministerium. Es werden voraussichtlich folgen Reichswehrregimenten gebildet.

Die Kartoffelversorgung. Die Abgg. Dr. Lefter, Weber, Heibelberg und Dr. Gotthein (Dem.) haben eine kurze Anfrage an die Nationalversammlung eingebracht, in welcher auf die ungenügende Kartoffelversorgung der Stadt Heidelberg hingewiesen ist und an die Regierung die Frage gerichtet wird, ob sie bereit wäre, jeder Stadt bestimmte Ueberlieferungsbezirke zuzuwenden, um die Städte in die Lage zu versetzen, in ihren Ueberlieferungsbezirken selbständig zu einem der derzeitigen Lage entsprechenden Preis den Kartoffelkauf vorzunehmen.

Bruchsal, 27. Febr. Er sah für eine Faschingszeitung. Ein Dr. phil. Joseph Kegel, der 3. B. als Notstandsarbeiter sich auf dem hiesigen Rathaus nützlich zu machen sucht, kauft sich neben seiner Notstandsarbeit noch die Papierrolle zu vergrößern. Er hat ein „Werk“ herausgegeben, das wohl niemals historischen Wert erlangen dürfte, desto eher in einer Papiermühle einen würdigen Abfall finden dürfte. Wir werden uns gelegentlich mit diesem Philosophen und seinem „Werk“ noch näher beschäftigen.

Kastatt, 27. Febr. Sonderbare Geschäfte scheint die Militärverwaltung mit der hiesigen Schuhwarenfabrik S. Weil Söhne zu machen. Trotzdem nämlich in allen Tageszeitungen bekannt gegeben wird, daß das General-Kommando Entlassungszug zurückführt, trotzdem jeden Tag darauf hingewiesen wird, wie dringend die Anzüge für den Grenzschutz Ost benötigt werden, jedoch die Abgabe an entlassene Mannschaften nur nach und nach erfolgen kann, wurden große Mengen Militäruniformen und Mäntel, darunter tadelloser neue Stücke, zur Schuhfabrik Weil geschafft, wo wahrscheinlich Kastatt u. um. daraus fabriziert werden. Warum werden nicht die neuen Stücke von den unbrauchbaren ausfortiert? Wir machen hierdurch das General-Kommando auf diese Zustände aufmerksam und verlangen, daß zuerst alle entlassenen Soldaten mit guten Anzügen versehen werden, bevor neue Uniformen der Industrie zur Verarbeitug zugeführt werden.

Heidelberg, 28. Febr. Wie wir gemeldet haben, wurde hier die Ehefrau Binder in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Das „Heidelberger Tageblatt“ erzählt dazu, daß wahrscheinlich Nord vorliegt. — Der 58jährige Landwirt Christoph B. o. h. aus Neuenheim wurde beim Meinen des Schweinetrops von einem Schafweide in die Hand geiffen. Er ist jetzt an Bluterguß gestorben.

Mannheim, 28. Febr. Unter den bei dem Ruchversuch am Samstag befreiten Gefangenen befinden sich zwei Mörder, ferner Raubmörder und Räuber. Die Mordtat an dem Kommerzienrat Reuther und an der Ehefrau Emil Grunert dürften von solchen aus dem Gefängnis befreiten Verbrechern verübt worden sein.

Mannheim, 28. Febr. Wie aus einem Anschlag in Ludwigshafen zu ersehen ist, ist der rasche Abzug der Franzosen aus Mannheim und die völlige Sperrung der Rheinbrücke auf die letzten Unruhen in Mannheim zurückzuführen. Ansehend befruchteten die Franzosen, daß ihre Truppen angeleitet würden. Die Besatzungstruppen in Ludwigshafen sollen um 2000 Mann verstärkt werden.

Mannheim, 1. März. Der neugebildete Volksgenossenschaftsbeschuß in seiner ersten Sitzung, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit wieder herzustellen, einstimmig, daß die Schutzmannschaft wieder bewaffnet und nach Möglichkeit verstärkt werde. Ferner soll darauf hingewirkt werden, daß die zu Unrecht ausgegebenen Waffen schleunigst wieder abgegeben werden. Die Wähler sollen zur Neuwahl gezwungen werden. Sodann beschloß der Volksgenossenschaftsbeschuß, der Witwe des bei den Unruhen erschossenen Konsumvereins angefallenen Vermögens als Unterstützungsfonds eine Summe von 2000 M. zu überweisen.

Waldkirch, 28. Febr. Bei einer Tangerei im Wäldertal, die bis morgen 8 Uhr andauerte, kam es zwischen Soldaten und Zivilisten zu einem Streit, bei dem ein junger Mann namens Fr. Steurer einen Soldaten mit einem Dolch niederstach. Der Verletzte ist an den schweren Verletzungen gestorben.

Waldkirch, 28. Febr. Auf dem Marktplatze hier wurde eig bespannter Wagen angehalten, der, mit Reisig zugebedt, einen in Oberwinden gelaufenen und geschlachteten Ochsen im Gewichte von 7 Zentnern barg, der nach Freiburg geschmuggelt werden sollte.

Fahrplanänderungen. Mit Rücksicht auf die Arbeiterbefreiung ab Kastatt treten vom Montag, den 3. März ab folgende Fahrplanänderungen ein:

1. Strecke Karlsruhe—Ettlingen—Offenburg: Der Zug 971, Offenburg ab 2.15 nachm., Karlsruhe an 5.12, wird von Appenweier bis Karlsruhe früher gelegt; Appenweier an 2.30 nachm., ab 2.35, Kastatt ab 4.15, Karlsruhe an 5.00. — Der Zug 922, jeither Karlsruhe ab 3.30 nachm., Offenburg an 6.00, verkehrt künftig; Karlsruhe ab 3.25 nachm., Kastatt ab 4.12, Offenburg an 5.55. — Als neuer Zug 947 mit 4. Klasse verkehrt Samstag von Kastatt bis Waldsch; Kastatt ab 12.45 nachm., Muggensturm ab 12.53, Waldsch an 12.59.

2. Strecke Karlsruhe—Dürmersheim—Offenburg: Der Zug 744, Karlsruhe ab 12.25 nachm., Baden-Dos an 1.17, verkehrt an Samstagen bis Aßern; Baden-Dos ab 1.22 nachmittags, Aßern an 2.00. — Bedarfspersonenzug 745 kommt Samstag zwischen Kastatt und Karlsruhe regelmäßig zur Ausführung; Kastatt ab 1.05 nachm., Karlsruhe an 1.40. Der Zug 755, jeither Kastatt ab 4.25 nachm., Karlsruhe an 5.06, verkehrt künftig; Kastatt ab 4.11 nachm., Karlsruhe an 4.58.

3. Strecke Kastatt—Wintersdorf: An Werthagen kommt ein neuer Ueberbezugszug IV zur Ausführung; Kastatt ab 4.20 nachm., Wintersdorf an 4.34, Wintersdorf ab 4.43, Kastatt an 4.58.

4. Strecke Baden-Baden—Baden-Dos: Die Züge 805 und 809 verkehren künftig früher; Zug 805 Baden-Baden ab 3.35, Baden-Dos an 3.42, Zug 809 Baden-Baden ab 4.22, Baden-Dos an 4.29.

5. Strecke Kastatt—Raumünzsch: Der Zug 1291, Kastatt ab 1.14 nachm., Raumünzsch an 2.40 verkehrt künftig werth tags bis Forbach-Gausbach hat bis Weidenbach, an Sonn- u. Feiertagen wie jeither bis Raumünzsch. Der Zug 1294 (W.), jeither Weidenbach ab 2.38 nachm., Kastatt an 3.40, beginnt in Sankt-Ulrich-Forbach-Gausbach und erhält folgenden Fahrplan: Forbach-G. ab 2.40 nachm., Kastatt an 3.57. Der Zug 1293 (W.), Kastatt ab 2.55 nachm., Raumünzsch an 4.35, verkehrt künftig ipä. er; Kastatt ab 3.05 nachm., Raumünzsch an 4.46. Der Zug 1295 (W.), bisher Kastatt ab 4.30 nachm., Gernsbach an 5.04, erhält folgenden Fahrplan: Kastatt ab 4.20 nachm., Gernsbach an 4.54. Der Zug 1297, Kastatt ab 6.35 nachm., Raumünzsch an 6.07, verkehrt künftig; Kastatt ab 7.27 nachm., Raumünzsch an 9.02.

Die weiteren Verkehrszeiten und alles Uebrige ist aus den Schalteranschlägen zu ersehen und bei den Stationen zu erfahren.

# Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 1. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vorm. Der Abg. Berges-Braunschweig hat sein Mandat niedergelegt. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Wahlaufschusses, der ermächtigt werden soll, Beweiserhebungen über Wahlprüfungsangelegenheiten durch die Behörden vornehmen zu lassen. Der Antrag gelangt einstimmig zur Annahme.

Es folgt die Beratung des von sämtlichen 37 weiblichen Mitgliefern der Nationalversammlung eingebrachten Antrages, der die sofortige Aufhebung der Hungerblockade und die Zurückführung der deutschen Arbeitslosen fordert.

Abg. Frau Neuhaus (Henzl.): Der Krieg ist zu Ende. Aber die Hungerblockade besteht weiter und kostet unzählige Menschenleben. Wir Frauen fordern, daß die Menschenliebe in ihre alten Rechte eingesetzt werde. (Mitteltier Peifall)

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Präsident Fehrenbach spricht unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Frauen für diese edle Tat den Dank aus.

Zur Verhandlung gelangt hierauf eine von allen Parteien mit Ausnahme der Unabh. Sozialdemokraten eingebrachte Entschließung, welche die Wiedereinführung Deutschlands in seine kolonialen Rechte fordert.

Kolonialminister Voss: Als einen Lichtblick in trüber Zeit darf ich es bezeichnen, daß in der Kolonialfrage eine erfreuliche Uebereinstimmung zwischen Regierung, Parlament und Volk besteht. Die heutige Verhandlung bildet in ihrem zeitlichen Zusammenreffen einen Willkommensgruß der Heimat an die toben eingetroffenen Ostafrikaner. Die mit beispielloser Opferkraft jahrelang jeden Fuß deutschen Landes gegen eine vierfache Heeremacht befehligt haben, besser als Wort und Schrift ließen sie lebendige Zeugen für Deutschlands koloniale Fähigkeiten und Leistungen. Nach den übereinstimmenden Grundgedanken der Moral der Gerechtigkeit und des Völkerechts ist nicht nur Deutschland, sondern auch die Elemente an das Wilsonprogramm in der Kolonialfrage gebunden. Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl des Präsidenten Wilson und erwarten, daß er sein Urteil nicht einseitig auf die Angelegenheiten an dem Erwerb deutschen Kolonialbesitzes interessiert und daher befangenen Gegner gründet. Wir sind nach wie vor bereit vor einem unparteiischen Gerichtshof Rede und Antwort zu stehen über unsere koloniale Tätigkeit.

Nachdem noch der Unabh. Soz. Genie sich grundsätzlich gegen Kolonialbesitz ausgesprochen hatte wurde die Entschließung gegen die Stimmen der Unabh. Sozialdemokraten angenommen. Es folgt die Beratung des Gegenentwurfs betr. Verbot des Agitationswesens mit deutschen Landstrichen wie zweier Gegenentwürfe zur Erlassung der in deutschem Reichsbereich befindlichen deutschen Wertpapiere für den Bedarf des Reiches sowie zur Bekämpfung der Kapitalflucht.

Abg. Braun (D. Natl.): Schon während des Krieges war die Kapitalflucht erschreckend. Allein in der Schweiz sollen gegen 2 1/2 Milliarden Franks Privatvermögen angelegt sein. Die drei Gegenentwürfe werden darauf in allen drei Lesungen angenommen.

Ein Antrag der Regierung ermächtigt zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, die nötigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen anzuordnen, wozu debatiert in allen drei Lesungen angenommen. Ebenso die Vorlage zum Schutze gegen Folgen der Verkehrserleichterung bei Zahlungsstörungen.

Es folgt der Gegenentwurf, durch welchen für Leistungen, die in den von den feindlichen Heeren belegten Reichsteilen, außer Elsaß-Lothringen, gemäß den Waffenstillstandsbedingungen für den Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen oder auf Grund von Requisitionen bewirkt worden sind, Vergütung gewährt werden soll. Der Entwurf wird von mehreren allen Parteien willkommen geheißen und ein Antrag für die Obgebiete verlangt den Innenminister Preuß in Aussicht stellt. Die Vorlage wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Zur dritten Lesung der Nebengesetze liegt ein Deutschlandantrag vor der die Frist von drei Monaten innerhalb der die Nationalversammlung das Außertatstreten von Verordnungen beschließen kann streichen will.

Abg. Dr. Wiede wendet sich besonders gegen die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung. Es sei ein Ausnahmegeretz erster Ordnung. Mit Zwang könne man nicht erreichen daß eine ordnungsmäßige Bestellung herbeigeführt werde.

Abg. Braun-Diffendorf erklärt gerade diese Verordnung für eine der wertvollsten und wichtigsten, deren Aufrechterhaltung unter allen Umständen geboten erscheint. Abg. Wilmefeld (D. Sp.) verlangt gründliche Nachprüfung aller Verordnungen der Volksbeauftragten in einer Kommission. Auf Vorschlag der Präsidenten wird die Weiterberatung um 1 Uhr auf 1/4 Uhr nachmittags verlegt.

München, 3. März. Die gesamte mehrheitssozialistische Partei hat in der Nationalversammlung in Weimar einen von Auer und Gen. gezeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentum von allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen allein der Nation zusteht. Weiter wird die Reichsregierung aufgefordert, Verwerke und die Erzeugung von Energien möglichst befreit von der öffentlichen Verwaltung (Sozialisierung) auszuführen und dabei Arbeiter und Arbeiterinnen durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

## Aus der Stadt.

Karlsruhe, 3. März.

### Öffentliche Frauenversammlung.

Die Frauenaktion des sozialdem. Vereins Karlsruhe beruft auf nächsten Mittwoch abend 8 Uhr in die „Goldene Krone“ (Amalienstraße 16) eine öffentliche Frauenversammlung ein, auf die wir die geschätzten Damen unseres Blattes besonders aufmerksam machen möchten. Die neue Zeit verlangt von den Frauen, daß sie sich mehr als je bisher um öffentliche Angelegenheiten bekümmern. Es wird erwartet, daß jede Frau, welche diese Seiten liest, in der Versammlung erscheint.

### Protetstversammlung in Ruppurr.

Der sozialdem. Verein Ruppurr veranstaltet am Mittwoch abend halb 8 Uhr eine öffentliche Protetstversammlung in Bahnhofhotel. Als Redner wurde Redakteur Gen. Anton Weismann, Mitglied der bad. Nationalversammlung, aus Freiburg gewonnen. Er spricht über „Die neue badische Verfassung“, eine Frage, die außerordentlich wichtig für das ganze

badische Volk ist. Die Versammlung wird Protetst erheben gegen das antirevolutionäre Treiben mancher bürgerlicher Politiker. Arbeiter, Männer und Frauen, erscheint in Massen in der Versammlung! Zeigt, daß ihr ein Interesse daran habt, daß die Errungenschaften der Revolution hochgehalten werden.

Sozialdem. Verein Karlsruhe. Die Vorstandssitzung findet nicht am Mittwoch, sondern schon morgen Dienstag abend um 8 Uhr statt.

Bezirk Alt- und Oststadt. Die Genossen der Alt- und Oststadt werden nochmals auf die heute abend 8 Uhr in der „Krone“ (Edle Georg Friedrich- und Antheimerstraße) stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Verkehrsminister Gen. Rüdert spricht über: Zentralismus oder Separatismus im Reich. Die Parteigenossen und Volkstreue werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Bezirk Weststadt. Am Mittwoch, 5. März, abends halb 8 Uhr, findet im Restaurant „Jesened“ (Nebenzimmer) eine Mitgliederversammlung statt. Der städtische Bürobeamte Gen. Wöhlinger wird über „Sozialismus und die Aufgaben der Gemeinde“ sprechen. Die Parteigenossen und Volkstreue werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Sozialdem. Verein Karlsruhe. (Bezirk Mittel- und Südweststadt.) Die Bezirksleitung macht darauf aufmerksam, daß heute, Montag, 3. März, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Krone“, Edle Amalien- und Douglastrasse, eine Mitgliederversammlung des Bezirks stattfindet. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Für die jungen und neu eingetretenen Mitglieder findet ein Vortrag über „Die Grundideen des Sozialismus“ statt.

Sozialdem. Bürgerausbildungskommision. Mittwoch, 5. März, abends punkt 1/7 Uhr, im kleinen Rathsaussaal Fraktionsbildung. Volkshilfliches Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist notwendig.

Öffentlicher Vortrag. Die freiwillige Gemeinde veranstaltet am Dienstag, 4. März, abends 7 1/2 Uhr, einen öffentl. Vortrag des Herrn Prof. Arthur Drewe im großen Rathsaussaal. (Siehe Anzeige.)

Tarifbeschaffung. Mit dem 1. April werden die Badischen Lokalbahnlinien A-G, die die Altbahnen, die Nebenbahnen von Bruchsal nach Meringingen und Gilsbach, von Wiesloch nach Medelsheim und verchiedene andere Kleinbahnen betreibt, die Hauptpreise erhöhen und zwar die Haupttarife 2. Klasse um 40, die 3. Klasse um 30 vom Hundert.

Kriegserlebnisse in Palästina. Wir machen nochmals auf Vortrag Kaufmann, Kriegserlebnisse in Palästina, heute abend 1/8 Uhr, aufmerksam.

Geldschatz betreffend. Das Ministerium für Ernährungswesen hat bekannt, daß die geltenden Vorschriften über den Verkehr mit Pferdehaar und mit Schafschafwolle auch auf die Schafwolle von Fein, Maultieren und Maulkeulen und deren Fleisch Verwendung zu finden haben.

Kriegserlebnisse in Palästina und auf dem Seimwege. Der Vortrag wird am Montag den 3. März im Rathsaussaal der Feldübungsleiter Kaufmann (Loh) im Auftrag des Vereins für das Deutschtum im Ausland gehalten. Er lenkt den Blick auf 13jähriger Krieges- und aus der Friedenszeit, besuchte auch die deutschen Anstalten in Palästina.

Anfälle in einer Fabrik in Mühlhausen brachten einem Schmelz aus Pflanzheim bei der Arbeit stehenden Feinst mit erst Dampfhammer zum Platzen im Gesicht, wodurch er erhebliche Verwundungen erlitt. — Beim Absteigen einer Stellung in einem Hause der Mühlenerstraße erlitt ein Arbeiter eine schwere Verletzung an der Hand, die durch einen Stein verursacht wurde, der von einer Leiter herabgefiel und ihm auf die Hand fiel.

Der „Kriegserlebnisse in Palästina“ hielt am Sonntag abend im „Kulturhaus“ seine erste Generalversammlung nach dem Krieg ab. Die Parteiliche war. Aus dem Geschäftsbereich, der der 1. Vorsitzende Gen. Pirchard war, steht hervor, daß die Tätigkeit des Vereins während des Krieges im großen ganzen ruhe. Erst im letzten Jahre wurden die Einwirkungen im beschränkten Maße wieder aufgenommen. Dem Vorbereden sind im Ganzen 25 Sponsoren zum Oben gefahren und drei Genossen sind nach in Gemeinshaft. Die Sponsorenverhältnisse sind betrieblich. Da die meisten Mitglieder des Vorstandes antwortbar waren, ergaben die Anwesenheit des Vorstandes verschiedene Veränderungen. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Brandel, 2. Vorsitzender (Ehrenamtlich) Rühl, Schriftführer Koop, Kassier Schäffler, Rühl, W. B. Schäffler, Karl, Kassier Pirchard, D. Schöner und F. F. Der Verein wird mit erneuter Kraft ans Werk gehen zur Pflege des Volksgutes. Alle stimmgebenden Gemeinshaft- und Parteigenossen sollten den Verein in seinem Bestreben tatkräftig unterstützen.

Kunstausstellung. Die in Karlsruhe belagerte bekannte Künstlerkasselle Graner feierte am Sonntag abend das einjährige Jubiläum ihres Bestehens im Kaffeehaus. Die Vertretung der zahlreichen Freunde der Kasselle kam in einem bis auf den allerletzten Platz besetzten Saal zum Ausdruck, so in überreichen Blumenkränzen, die das Podium im Laufe des Abends in einen wahren Blumenhain verwandelten. Es ist mehr wie lebhaft das Bedürfnis nach allgärtlicher Luft, die in diesem Maße das ganze Jahr über die vielen Freunde der Kasselle anlockt. Es ist ernsthaft künstlerisches Streben, welches der Kasselle, die allgemein als die in ihrer Art beste am höchsten Platze bezeichnet wird, zu ihrem Ruhme verhalf. Neben der ausgezeichneten Leistung des Künstlervereines Graner kommt der Kasselle auch zu flatten, daß es ihr bezug der wirtschaftlichen Geschäftsführung gelungen ist, ganz hervorragende finanzielle Resultate zu erzielen, unter denen in erster Linie die Herren Ober (Klavier und Cello), Jagalski (Cello), Lange (1. Violine) und Jerner Kessinger (Fagot), Steiner (Cello) und Krohne (Horn) zu nennen sind. Der Chor des Jubiläumabend bildeten Solistinnen des Künstlervereines Frau Graner (Violine) und Herr Graner (Klavier) als Domp für die freudig gelobten Duationen.

## Rechte Nachrichten.

Die Lage in Mitteldeutschland.

Berlin, 1. März. Aus Halle wird auf Umwegen über die dortige Lage berichtet: Halle ist eine tote Stadt. Seit Mittwoch vormittag streifen in der Stadt die Post- und Eisenbahnbedienten, die Straßenbahnen, die Privatbedienten, die Lehrkräfte, die meisten Kreisverwaltungsbedienten sowie sämtliche Geschäftsinhaber mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. Sämtliche Theater und Kinos sind geschlossen, auch die meisten Schulen. Im Betrieb sind lediglich das Wasserwerk des Gas- und das Elektrizitätswerk, der Schlachthof und

die Friedhöfe. Halle ist gänzlich von der Außenwelt abgeschlossen. Kein Brief, keine Zeitung gelangt mehr in die Stadt. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen gänzlich eingestellt.

M. Koburg, 1. März. Infolge des Generalfreies in Thüringen ruht der Bahnbetrieb in den Bezirken Erfurt, Galle, Magdeburg und Leipzig vollständig. Der Telekommunikations- und Fernverkehr ruht in den betr. Bezirken ebenfalls. M. Eisenach, 28. Febr. Für Montag vormittag haben die hiesigen Arbeiter den Generalfreie beschlossen.

### Arbeitslosen demonstration.

M. Dresden, 2. März. Heute veranstalteten die Arbeitslosen und Kommunisten eine Protetstversammlung, in der sie den Generalfreie vom Montag früh an erklären. An die Versammlung, an der ungefähr 12 bis 13 000 Mann teilnahmen, schloß sich ein Umzug an, der sich unter Glockenläuten auf der Volkshausstraße und dem Gange der Arbeitermarktlänge durch die Straßen der Stadt bewegte.

### Massenhinführungen in Rußland.

M. London, 3. März. Die Kassewitsen haben in Cpatigorol an die Gubert Gelsin erlassen, darunter den General Rukly und den Grafen Nafso Dimitriew.

M. Bern, 3. März. Die der „Basler Arbeiter“ aus St. Ludwig meidet, sind in Mühlhausen im Elsaß erste Arbeiterämter ausgearbeitet. Die Zahl der Ausständigen soll 20 000 betragen. Infolge der erarmten Finanzierung der Lebensmittel müßte mit dem Generalfreie des ganzen Landes gerechnet werden.

Genf, 2. März. Die Genfer Polizei entdeckte in einem Koffer die Leiche des Dresdener Millionärs Paul Gerstler, der im Hotel Peru-Mühle gewohnt hat. Er wurde am 6. Februar von einem gewissen Bedmann mittels eines Revolvers getötet. Es fehlt ein Betrag von 20 000 Fr. Die Polizei ist dem Mörder auf der Spur.

### Briefkasten der Redaktion.

A. N. 100. Aus Ihrer Karte geht nicht deutlich hervor, für welche Zeit Sie Unterstützung fordern. Fordern Sie sie für die militärische Dienstleistung vom 6. November 1918 bis zum 31. November 1918, so ist die Unterstützung bis zum 31. Dezember 1918 zu gewähren. Falls Sie mit Heute verlassen sein sollten, wäre die Unterstützung nach drei Monate nach der Entlassung zu gewähren.

S. N. Jöhlingen. Für die Angehörigen aktiver Soldaten ist die Zahlung der reichsweiten Familienunterstützung eingestellt worden. Es ist aber in jedem einzelnen Falle die Artigkeit festzustellen zu prüfen, ob sie wirklich als aktive Soldaten bezeichnet werden können. Hat der Betroffene bei der Infanterie oder bei der Kavallerie zwei Jahre, bei der Marine drei Jahre gedient, so ist er jetzt nicht mehr aktiver Soldat. Wird der Gehalt um Weitergewährung der Unterstützung abgelehnt, so ist die Weidende an der Landeskommission zu richten. — Die Angehörigen aktiver Soldaten können übrigens aus der gemeindlichen Kriegswirtschaftsprüfung weiler unterstützt werden.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Otto Ludwig von Dankenloch, Mehger hier, mit Barbara Bredt Wwe. von Eszabachel. Karl Bauer von Cham. Reiter hier, mit Anna Krizinger von Colofsbord. Eugen Mat von St. Mäffen. Johanneß hier, mit Marg. Rüdert von Borsberg. Georg Sanger von Högelsberg, Schumacher hier, mit Anna Häbler Wwe. von Högelsberg. Ludwig Schopf von hier. Schneider hier, mit Frieda Mosbauer von Wiental. Emil Koffack von hier. Oberfinanz-Bezirksamtmann hier, mit Emma Wille Wwe. von Högelsberg. Otto Eppele von hier, Magazinsarbeiter hier, mit Luise Bisp von Bruchsal.

Todesfälle. Irene Maria, v. Georg Roth jung, Kaufmann. Felix Josef Franz, v. Josef Müller, Schreiner. Walter Karl, v. Karl Hoffmeister, Schreiner. Emil, v. Alexander Heiser, Kunst- und Handelsmaler. Ernst August, v. Friedrich Bestelb. Strohenbar. Elsa Becha, v. Albert Frau, Schneider. Karolina, v. Anton Potthies, Schreiner. Baroate, v. Aug. K. H. J. Fritz. Emma August, v. Karl Pech, Schlosser. Werner Leo, v. Leo Koch, Schlosser. S. v. Suanna, v. Christian Weiffert, Stadtagelöhner. Todesfälle. Luise Kühn, ledig, Tagelöhner, alt 15 J. Rose Winer, Außer. Marie Schüle, alt 34 J. Ehefrau von Bernsdorf Schögle, Obsthändler. Gertrud, alt 3 J. v. Adolf Purrer, Silbnermeister. Kath. Weiffert, Ehemann, Fabrikarbeiter, alt 41 J. Peter Mees von. Sch. Ehemann, Schlosser, alt 76 J. Heinz, alt 10 Mon. v. Albert Feiß, Wädrmeister. Elisabeth Reich, alt 44 J. Ehefrau von Josef Reich, Schreiner. Jakob Rüdert, Witwer, Straßenbahnkassierer a. D., alt 77 J. Ludwig Benner, ledig, Kaufmann, alt 18 J. Gertrude Naab, alt 65 J. Witwe von Karl Naab, alt 54 J. v. Wwe von Martin Spies, Milchhändler. Peter Daum, ledig, Tagelöhner, alt 74 J. Josef Franz, Ehemann, Wobellschreinermeister, alt 47 J. Manfred, alt 5 Monate, v. Joh. Wögelin, Monteur.

Verantwortliche: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Persönliche Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

### Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiterfrauen-Verein.) Montag, 3. März, abends 1/8 Uhr Singstunde im Lokal „Deutsche Erde“, Margartenstr. Karlsruhe. (Wächter und Infallenteure.) Am Montag abend um 8 Uhr finde in der Restauration „Gambirushalle“ die folgende Monatsversammlung statt. Kollegen, erseht alle und bringt auf die Inorganisierten mit. Die Verhandlung. Bruchsal. (Gewerkschafts-Komitee.) Dienstag den 4. ds. Mts., abends 1/8 Uhr in der „Hals“ Generalversammlung. 1589

Flechten, Wunden. offene Füsse, Krampfadernleiden heilt sogar in verzweifeltsten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 1.80 u. 3.50 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Na hahmungen und bestalle wo nicht erhältlich, direkt bei Tutozon-Laboratorium, Szittkohmen-Rominten 7. 611

Sieben erschien neu in 250. Auflage: **Hygiene der Ehe** von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg. Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Organen. Köperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. G-bär- und Still-fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! usw. — Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz usw. Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Gefühlskälte. Folgen der Kin-erlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. — Bezug gegen Einsendung von M. 2.— franco oder gegen Nachnahme den. Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 78.

**Aufforderung**

zur Abgabe scharfer Munition.

1585

Zur Vermeidung von Unfällen bei der Handhabung von Munition sind alle noch nicht vernichteten Granaten, Schrapnell, Kartuschen, Minen, Handgranaten, Fächer, Sprengsätze usw. ungenutzt von den jetzigen Besitzern der Polizeidirektion, im Landbesitz dem Sprengmeisteramt anzuzeigen. Vor einer Vernichtung der Munition durch Ortseigenen oder einem Personem blind-gangener Munition wird wegen der damit verbundenen Lebensgefahr gewarnt.

Karlsruhe, den 22. Februar 1919.  
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

**Bekanntmachung.**

Die Anträge Kriegsschadigter auf Militärversorgung betr. Für Anträge Kriegsschadigter auf Militärversorgung hat das Kriegsministerium ein neues Muster herausgegeben. Dasselbe wird bei den Bezirkskommandos, Kriegsschadigtenfürsorgestellen und Postämtern an Kriegsschadigte antragsteller kostenlos abgegeben.

Karlsruhe, den 26. Februar 1919.  
Bezirksamt.

**Bekanntmachung.**

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. Die Maul- und Klauenseuche im Stalle des Milchhändlers Karl B. in Mannheim ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.

Karlsruhe, den 27. Februar 1919.  
Bezirksamt.

**Bekanntmachung.**

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. Die Maul- und Klauenseuche im Rheinheim ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.

Karlsruhe, den 27. Februar 1919.  
Bezirksamt.

**Grundstücks-Zwangsversteigerung.**

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 6250, 2 a 76 qm mit Gebäuden, Reichenstraße 16.  
Schätzung: 67.000 M.  
Versteigerungstermin: Donnerstag, den 13. März 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.

Karlsruhe, den 13. Februar 1919.  
Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

**Grundstücks-Zwangsversteigerung.**

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lsg. Nr. 6211, 2 a 96 qm mit Gebäuden, Reichenstraße 5.  
Schätzung: 47.000 M.  
Versteigerungstermin: Dienstag, den 11. März 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.

Karlsruhe, den 7. Januar 1919.  
Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

**Freireligiöse Gemeinde.**

Dienstag, 4. März, abends 7 1/2 Uhr im großen Rathssaal

**Oeffentl. Vortrag**

von Herrn Prof. Arthur Drews 1878  
**Warum sind wir keine Christen?**  
Alle Freunde einer freien Weltanschauung sind freundlichst eingeladen. Eintritt frei.

**Deutsche, schüßt die Grenze Eures Vaterlandes gegen den Einmarsch russischer Bolschewisten! Sofortige Meldung!**

Mobile Wöhnung, 5 Mark Tageszulage, außerdem nach Ueberbrachten der Reichsgrenze 4 Mark tägliche Zulage aus deutschen Landesmitteln, Familienunterstützung, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterhalt. Später Aufstellungsmöglichkeit im Vaterlande. Alle Waffengattungen erwünscht. Nur Ordnung liebende, pflichttreue Soldaten werden angenommen. Uniformen sind mitzubringen.

**Anwerbestelle Vattenland**

Zweigstelle Karlsruhe, frühere Militärwache am Karlstor.  
Weitere Zweigstellen befinden sich in:  
Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-allee 1-12, Joachim Friedrich-Gymnasium  
Damm 1, Westf., Lutherhaus, Königstr. 13  
Dannover, Dagenstr. 58 (Märgerschule 18)  
Mün. (Donau), Villa Damm 357 (außerhalb)  
Schwerin i. Meckl., Kottbuserstr. 31  
Göttingen, Weenderstr. 49  
Leipzig, Dohnstr. 5.

**Tüchtige, selbständige Möbelschreiner**

zum baldigen Eintritt gesucht.  
Martstahler & Barth, Karlstr. 67.

**Druckarbeiten**

alles was schnell und billig  
Buchdruckerei Volksfreund

**Verein Volksbildung**  
(eingetr. Verein, Karlsruhe).

In einem weiteren Vortragszyklus werden im Monat März die folgenden Vorträge aus dem Gebiete der Kriegsschemie gehalten werden.

1. **Professor Bunte:** „Die Steinkohle und ihre Veredelung“ (natürliche Vorräte, Verbrauch, Teerprodukte u. a.); am 6. März.
2. **Professor Engler:** „Die Luft als Quelle des Aufbaus und der Zerstörung der Stoffwelt“ (mit Experimenten); am 11. März.
3. **Professor Engler:** „Ammoniak und Salpeter aus Luft; Düngestoffe und Explosivstoffe.“ „Die Kampfgase“ (mit Experimenten); am 18. März.
4. **Professor Franzen:** „Der Kautschuk und seine künstliche Herstellung“ (mit Experimenten); am 25. März.

Die Vorträge finden jeweils abends 8 Uhr im grossen Hörsaal des chemischen Instituts statt. Eingang durch die Englerstrasse oder durch das Hauptportal in der Kaiserstrasse. Die Eintrittskarten für den ganzen Zyklus sind nur in der Geschäftsstelle des Vereins Akademiestrasse 67, täglich von 2-4 Uhr, erhältlich. Preis für Mitglieder 60 Pfg., für Nichtmitglieder 1 Mk.

**Verein Volksbildung. Aufruf!**

**Badisches Sturmabteilung Ober-Ost.**

Kameraden! Hindenburg hat die deutschen Söhne zum Schutz der Ostgrenze aufgerufen. Volkswirtschaftliche Seere planen eine große Offensive in diesem Frühjahr. Geht der Einbruch in Ostpreußen, so gehen die Produktionsmittel an Brotgetreide und Kartoffeln, von denen auch wir Badener leben, verloren und die Vorkriegslage unseres Wirtschaftslebens wird eine billige sein. Unsere eigene Lebensnotwendigkeit steht auf dem Spiel. Darum auch für Baden Freiwillige vor! Selbst, daß unsere Brüder im Osten nicht zum zweiten Male Haus und Hof verlieren. Meldet Euch, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die ihr mindestens 6 Monate bei der kämpfenden Truppe gestanden, zum Eintritt in das

**Badische Sturmabteilung Ober-Ost**

Wir benötigen auch Handwerker jeglicher Art. Ferner Nachrichten, Sanitäter, Spitzelente und S.M.G.-Schützen. Jeder, der gewillt ist, strengste Disziplin, Pflicht und Ordnung zu bewahren und den Leuten bis zu seiner Auflösung anzugehören, ist uns willkommen. Kameradschaftliches Wohlwollen und Gerechtigkeit soll auf der Seite der Vorsetzenden herrschen, Vertrauen und Selbstzucht auf der anderen. Treue um Treue sei die Parole unter der wir uns sammeln.

Militärübungen, Leumundzeugnisse und Entlassungsanträge sind mitzubringen.  
Zuständig: mobile Wohnung, Tageszulage von 5.— Mark, Treuprüfung, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterhalt. Anmeldung erfolgt in Heidelberg: Grenzschutz Ost, höhere Wächterschule, Anlage. Abzeichen Eichenblatt mit badischem Wabnen.

**Badisches Sturmabteilung Ober-Ost.**

Leutnant und Adjutant. Leutnant und Komd.-Führer

**Höchstpreise**

für Fleisch, Wurst und sonstige Fleischwaren, nützlich bis auf weiteres.

1. **Rindfleisch** (Rohfleisch von Ochsen, Rindern, jungen Affen und jungen Ferkeln):
  - a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließ-lich der eingewachsenen Knochenstelle 20 vom Hundert des Fleischgewichts nicht übersteigen darf . . . 2.—
  - b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeigabe, ausgenommen Rummel . . . 2.40
  - c) für Rummel ohne Knochen (ausgebeint) . . . 2.80
2. **Kalbfleisch**
  - a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließ-lich der eingewachsenen Knochenstelle 25 vom Hundert des Fleischgewichts nicht übersteigen darf . . . 1.60
  - b) für Schnitt ohne Knochenbeigabe . . . 2.80
3. **Sammelfleisch**
  - für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließ-lich der eingewachsenen Knochenstelle 25 vom Hundert des Fleischgewichts nicht übersteigen darf . . . 2.15
4. **Wurst**
  - a) Leberwurst, frisch (auch abgebunden) . . . 1.60
  - derselbe geräuchert . . . 1.80
  - b) Blutwurst (Griebenwurst, auch abgebunden) . . . 1.10
  - c) Schinkenwurst (rot und weiß) . . . 1.50
  - derselbe geräuchert . . . 1.70
  - d) Fleischwurst (auch abgebunden) . . . 2.—
  - e) Frische Bratwurst . . . 1.80
5. **Sonstige Fleischwaren.**
  - a) Rieren . . . 1.80
  - b) Junge, frisch . . . 2.30
  - Junge, geräuchert . . . 3.50
  - c) Hirn von Rind, das Stück . . . 1.60
  - d) Hirn vom Kalb, das Stück . . . 1.50

Karlsruhe, den 1. März 1919.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Email-Geschirre**

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 442  
Geschirr-Reparaturanstalt  
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Verstorbeneu,

**Karl Maier, Maler**  
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 1600  
Karlsruhe, den 3. März 1919.  
Die trauernd Hinterbliebenen.

**Nebenverdienst!**

Helf. Hilfe beim Aufbau der Wirtschaft und dauerndes hohes Einkommen! Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Besuchen im Hause! Ausfüh- rende Wege! Viele Anerkennungen. Bestellen Sie Prospekt Nr. 99 von Adresse: Schlichtsch 124, Dresden-N. L.

**Wir suchen**

zum sofortigen Eintritt für die Instandhaltung von automatischen Maschinen gewandten, zuverläßigen

**Mechaniker**

welcher längere Zeit im Kleinmaschinenbau tätig gewesen ist. Nur Leute mit besten Empfehlungen und Erfahrungen auf diesem Gebiet kommen für den Posten in Frage. Zu melden beim Portier.

**Gesellschaft Sinner**

Abteilung: Nahrungsmittel 1583  
Karlsruhe-Grünwinkel.

**Ziegenzucht-Verein Karlsruhe Kohlrüben**

sind eingetroffen.

**Zu verkaufen:**

- 300 Ztr. Senf 1596
- 150 „ Stroh
- 500 „ Dicksrüben
- 200 „ Weiße Rüben
- 4 schwere Ochsen
- u. 1 großer Haufen Dung

**Betten u. Polstermöbel**

werden prompt und billigst aufgearbeitet. 1611

**Fr. Gayer,**

Tapezierer und Dekorateur, Humboldtstraße 28.

**Uchtung!**

mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbsthilfe und geliebten Leuten gut und billig ausgeführt. Näheres Nam Werke, Götterstr. 21, 4. Et.

**Frauenhaare**

läuft 692  
Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstr. 22.

**Flügel und Pianinos zu kaufen**

und erbitte Angebote. Ludwig Schweisgut Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4.

**Witt. Reiß,**

Schubmanns Nachfolger: Maler- und Tapeziergeschäft Werderstraße 78

empfiehlt sich in allen in sein Fach einschlagenden Arbeiten. Streichen und Lackieren von Küchenmöbeln, sowie Oelfarbaufträge werden in t. Friedens- ware ausgeführt. 1572

**Taschenuhren,**

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in 855  
An- u. Verkaufsgeschäft  
Kronenstr. 25. Tel. 9747.

**Daniels**

KONFEKTIONS-HAUS  
Karlsruhe, Wilhelmstr. 34, 1. Tr.  
Angetriebene  
Tüll- und Voile-Blusen.  
Seiden-Blusen  
mit kleinen Webefeldern  
zu billigen Preisen.

**Taschenuhren**

auch reparaturbedürftig, lauffähig, An- u. Verkaufsgeschäft  
**Levy,** geschäft  
Markgrafenstraße 22.

**Haus- und Straßenschuhe**

werden angefertigt, dazuliefen, werden auch noch Kunden zum Eoblen u. Flecken angenommen. Marienstr. 28. III. Et. 922

**Pfannkuch & Co**

Neues  
**Sauerkraut**

Pfund 33 Pfg.  
bei 5 32 Pfg.  
Pfund  
bei 10 30 Pfg.

eingemachte

**rote Rüben**

(rote Beete)  
Pfund 50 Pfg.

**Essiggurken**

Pfund 90 Pfg.  
empfehlen 774

**Meerrettig**

Pfund 90 Pfg.  
empfehlen 774

**Pfannkuch & Co**

G. M. M. in dem bekannten Verkaufsgeschäft

# In die Arbeiterschaft von Karlsruhe u. Umgebung!

In diesem Frühjahr finden an der hiesigen Technischen Hochschule erstmalig Lehrgänge statt, die als Aufbau einer künftigen Volkshochschule Männer und Frauen aller Stände und Berufe zu gemeinsamer geistiger Arbeit vereinigen sollen.

Vor allem soll den Angehörigen der werktätigen Bevölkerung Gelegenheit werden, ihre geistige Bildung zu vertiefen und die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung kennen zu lernen. Die Lehrgänge werden Fragen aus allen Gebieten in gemeinverständlicher Form behandeln. Besonderer Wert mußte bedarf es nicht, doch ist Voraussetzung für die Teilnahme regelmäßiger Besuch und ernster Wille zu geistiger Arbeit. Die Kurse, die politisch wie religiös auf durchaus neutralem Boden stehen, sind bestimmt, die hiesigen Vorlesungsveranstaltungen zu ergänzen. Im Hinblick auf die Verkürzung der Arbeitszeit, die dem Arbeiter die Möglichkeit gibt, seine geistige Bildung in größerem Maße als bisher zu fördern, ist zu wünschen, daß recht viele Arbeiter und Arbeiterinnen an diesen Kursen teilnehmen. Die Hörgelbst beträgt für jede Vortragsreihe 3.-M., Minderbemittelte Gewerkschaftsmitglieder können im Arbeitersekretariat Antrag auf Ermäßigung stellen. Im übrigen verweisen wir auf die öffentlichen Anschläge, die alles Nähere über das Programm und die Teilnahmebedingungen enthalten. 1575

## Das Gewerkschaftskartell.

### Sozialdemokr. Partei Karlsruhe. Frauen-Sektion.

Mittwoch den 5. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Goldenen Krone“, 2. St., Ede Douglas- und Amalienstraße

### Öffentl. Frauenversammlung.

Tagesordnung:  
„Die Tätigkeit der Frau im neuen Staate.“  
Rednerin: Frau Th. Wase, Mannheim, Mitglied der Bad. Nationalversammlung.  
Wir laden hierzu die Frauen mit dem Ersuchen zu erscheinen höflich ein. 1581  
Der Vorstand.

### Sozialdemokr. Partei Karlsruhe. Bezirk Südstadt.

Am Mittwoch, den 5. März 1919, abends halb 8 Uhr, findet im Saale „Zum Auerhahn“, Schützenstraße 58, eine

### Mitglieder-Versammlung

statt, in welcher Genosse Dr. Kallmann über das Thema:  
„Die gegenwärtige politische Lage im Reich und in den Bundesstaaten“  
sprechen wird.  
Im 2. Punkt der Tages-Ordnung sind äußerst wichtige Organisationsfragen zu den bevorstehenden Gemeindevahlen zu besprechen, wobei diese Einladung genügen sollte, um jedes Mitglied der Südstadt und jeden Volksfreundlicher zu veranlassen diese Versammlung unbedingt zu besuchen. 1595  
Erscheint deshalb alle.

Die Kommission.  
NB. Auch die Genossen der anderen Bezirke sind freundlichst eingeladen.

### Sozialdemokr. Verein Karlsruhe. Bezirk Mittel- und Südweststadt.

Heute abends 8 Uhr in der „Goldenen Krone“, Ede Amalien- und Douglasstraße:  
Mitglieder-Versammlung.  
2582 Die Bezirksleitung.

### Sozialdemokr. Verein Karlsruhe Bezirk Weststadt.

Am Mittwoch, den 5. März, abends punkt 1/8 Uhr, findet im Restaurant „Felsencafé“ (Rebenzimmer), Ede Scheffel- und Freigstraße, eine

### Mitglieder-Versammlung

mit Vortrag statt. Städtischer Bürobeamter Gen. Vöhringer spricht über  
„Sozialismus und die nächsten Aufgaben in der Gemeinde“.  
Zu dieser Versammlung sind die Parteigenossen und die Volksfreundlicher eingeladen.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet 1599  
Die Bezirksleitung.

# Bilder-Sauerkraut

prima Ware, frisch eingelesen, wird ab heute, so lange Vorrat reicht, zu 33 Pfg. das Pfund bei den unten bezeichneten Ladenhändlern der

## „EKO“

Erste Karlsruher Obst- und Gemüse-Ges. und Verkaufsgenossenschaft  
c. G. m. b. H.

- |                                     |                                   |      |
|-------------------------------------|-----------------------------------|------|
| Anders, Josef, Luisenstr. 52        | Menz, Aug., Kaiserstr. 10         | 1208 |
| Bauer, Heinrich, Poststr. 20        | Menz, Otto, Durlacherstr. 8       |      |
| Bauer, Johann, Deckerstr. 67        | Ruß, Anna, Karlsruferstr. 75      |      |
| Bell, Hermo, Leonoldstr. 1a         | Rehner, Johann, Karlsruferstr. 14 |      |
| Bittler, Adolf, Bismarckstr. 14     | Renninger, G., Mühlstr. 42        |      |
| Doll, Andreas, Roonstr. 5           | Rudolf, Kar., Blumenstr. 15       |      |
| Egloff, Ferd., Durlacherstr. 22     | Schuch, Florian, Bismarckstr. 10  |      |
| Giller, Pauline, Durlacherstr. 69   | Schuster, W., Durlacherstr. 73    |      |
| Hoff, Frau, Bismarckstr. 44a        | Stibel, Fritz, Arie str. 151      |      |
| Huppert, Josef, Luisenstr. 12       | Wagner, Emil, Leonoldstr. 11      |      |
| Kühmann, Frau, Amalienstr. 61       | Wagner, Luise, Durlacherstr. 63   |      |
| Küster, Frau, Weissenstr. 5         | Wipfler, Johann, Douglasstr. 34   |      |
| Krüger, Ferdinand, Waldstr. 31      | Ziegler, Frau, Schützenstr. 47.   |      |
| Masch, Franziska, Baumeisterstr. 33 |                                   |      |

### Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.

Dienstag, den 4. März, abends 6 Uhr, findet im Saale des „Appollotheater“, Marienstraße 16, eine

### außerordentliche Generalversammlung

statt mit folgender Tagesordnung: 1590  
1. Unsere Forderung und der Beschluß des Stadtrats.  
2. Krankenkassenfragen.  
3. Stellungnahme zur Anstellung eines Ortsbeamten.  
4. Kartellbericht und Allgemeines.  
In Anbetracht dieser äußerst wichtigen Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder notwendig.  
Die Herren Stadträte und Stadtvorordneten sind hierzu freundlichst eingeladen.  
Die Ortsverwaltung.

### Bekanntmachung.

Für den Stadtbezirk Karlsruhe treten mit sofortiger Wirkung nachstehende, von der Bad. Landesstellenstelle mit Zustimmung des Ortslohenausschusses festgesetzte Brennstoff-Kleinverkaufspreise in Kraft:

	frei Keller	offen vor's Haus	ab Orts- Lager	ab Kofen
1. Ruhrschichtrot	4.45	4.25	4.-	3.90
2. Ruhrschichtschlacken	4.70	4.50	4.25	4.15
3. Ruhrschichtschlacken	4.75	4.55	4.30	4.20
4. „festmaß I u. II nachgef.“	4.80	4.60	4.35	4.25
5. „III	4.75	4.55	4.30	4.20
6. Ruhrschichtschlacken III u. IV	4.70	4.50	4.25	4.15
7. Melierte Schmelzschlacken	4.50	4.30	4.05	3.95
8. Ruhrschicht I und II nachgef.	5.10	4.90	4.65	4.55
9. „III	4.85	4.65	4.40	4.30
10. Ruhrschicht III nachgef.	5.45	5.25	5.-	4.90
11. „II	5.70	5.50	5.25	5.15
12. „III	6.30	6.10	5.85	5.75
13. Anthracit III u. Langenbrunn	5.80	5.60	5.35	5.25
14. Reformbricketts	5.25	5.05	4.80	4.70
15. Steinlohlenbricketts	5.10	4.90	4.65	4.55
16. Ruhrschicht I	5.60	5.40	5.15	5.05
17. Ruhrschicht I	5.70	5.50	5.25	5.15
18. „II	5.75	5.55	5.30	5.20
19. „III	5.60	5.40	5.15	5.05
20. „IV	5.30	5.10	4.85	4.75
21. Consolidationsbriquetts I, II u. III 5 A mehr für den Zentner	15			
22. „o. o.	15			
23. Unionbricketts	3.50	3.30	3.05	2.95
24. Saarstübe	4.15	3.95	3.70	3.60
25. Saarwürfel und Ruß I u. II	4.95	4.75	4.50	4.40

Für Einwerfen in den Keller 7 Pfennig Zuschlag zu den Preisen „offen vor's Haus“.

Für Lieferungen nach Weierheim, Gulach und Ruppurr  
Zuschlag von 5 Pf. anig per Zentner.  
Wiegegeld bei ganzen Fuhrn zu Lasten des Empfängers.  
Alle Preise sind netto ohne Rabatt und sofort zahlbar.  
Karlsruhe, den 1. März 1919. 1577

### Städtisches Kohlenamt (Ortslohlenstelle).

### Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Höchst- und Richtpreise  
Giltig in der Zeit vom 3. März bis 9. März 1919 einschließlich für die Stadt Karlsruhe und die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfg. Pfund	Gemüse	Pfg. Stück
Rosenkohl	100	Endibienensalat	12-15
Winterrübe	20*	Feldsalat	100
Rohrkarfi	40	Sellerie	60
Beigkarfi	30	Rauch	40
Wirsing	25	Meerrettig	60-80
Spinat	40	Nettig	8-15
Schwarzwurzeln	180		
Spießbohnen, rot	18	Wurzeln	60
„weiß	15	Sauerkraut	33
Kartoffeln, lange u. runde	25	Eingemachte Rüben	16
Rüben, rote	18*		
„weiße	8		
Bodenbohnen	10		

In allen Waren, sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen, sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.  
Das Zurückhalten angeblich verkaufter Waren ist verboten. Jede Ware, die auf dem Bodenmarkte ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.  
Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchstpreise.  
Karlsruhe, den 28. Februar 1919. 1594  
Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

### Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

### Bekanntmachung.

Grundbesitzer  
(Städtische Straßenbahn).  
In den Wagen der städtischen Straßenbahn und benachbarten der Karlsruher Lokalbahn sind in der Zeit von 1. Oktober bis 31. Dezember 1918 folgende Gegenstände gefunden worden: Damen- und Herrenhüte, Stöcke, Muffen, Körbe, Geldbeutel, verschiedene Taschentücher, verschiedene Geldstücke, Schmuckstücke, Geldscheine und dergl. 1578  
Die Empfangsberechtigten werden hierdurch gemäß § 980 und § 981 B.G.B. aufgefordert, ihre Rechte an den oben aufgeführten Gegenständen binnen 3 Wochen bei dem städtischen Bahnamt, Ludw.-str. 71, geltend zu machen. Karlsruhe, den 28. Febr. 1919.  
Städtisches Bahnamt.

### Zu verkaufen:

4 Zimmer Haus 3 Hekt. Miete M. 2200, Preis M. 82000, Südstadt.  
3 Zimmer, Haus m. Speisekammer, Miete M. 2200, Preis M. 35000.

Geschäftshaus Südstadt 2 u. 3 Zimmer im Stadt, alle erp. hätte 200 qm, Miete M. 4300, Preis M. 70000.

Geschäftshaus Amalienstr. mit gr. 2 Hekt. Westst., Preis M. 48000.

3 u. 4 Zim. Haus Südwest. Miete M. 5300, Preis M. 82000  
4 Zimmer sofort bezugsbar.

Häuser mit Geschäften aller Art, Bäckereien, Metzgereien, Wirtschaften, Handlungsgeschäften, Uhrmacher, Fahrradhandlung, Friseurgeschäft, Konditorei mit Kaffee, Papierwarengeschäft. 1578

M. Busam, Herrenstr. 38.

### Uhren

Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt 854

Josef Klaus, Uhrmacher, Mühlenerstraße 20.

### Lackierer.

Ein tüchtiger Lackierer, nicht Maler oder Anstreicher, der wirklich schleifen und lackieren kann, dabei gewissenhaft u. vertrauenswürdig ist, findet lohnende Beschäftigung. Zu erfragen 1583  
Essenweinststraße 40 Hof.

### Jüngerer Kaufmännische

welcher auf dauernde Stellung reifert bei guter Bezahlung per sofort gesucht. Gest. Angebote unter Nr. 1584 an das Büro d. B. 1584

### Bolschund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (Gefang. Schut.)

Bezirksgruppe Karlsruhe.

### Aufruf!

Groß ist die Zahl derer, die sich uns angeschlossen. Aber noch zu viele stehen abseits! Alle müssen sich anschließen! Ihr dürft die Angehörigen der Gefangenen in diesem Kampf um Recht und Menschlichkeit für unsere Brüder nicht allein lassen. Wer in unserer letzten Versammlung in der Festhalle so viele Tränen hat vergießen sehen, der wird uns helfen. Es ist eine nationale Pflicht!

Geistliche, Lehrer, Politiker aller Parteien, werbt für unsere Sache!  
Anmeldungen und Beiträge werden in unserer Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstr. 21, 3. St., in der Zeit von 10-12 und 3-5 Uhr gerne entgegengenommen.

Der Vorstand.  
Ing. G. Kupp.

### Unentgeltlicher Wanderkurs

in Säuglings- und Kleinkinderpflege findet statt jeweils Dienstage und Freitags von 8-5 Uhr in der Volkshalle des Bad. Frauenvereins (Hildahaus) Scheffelstr. 37.  
Beginnen: Dienstag, 4. März. 1581

### Erwerbslosenfürsorge - Karlsruhe.

Aus dem Heeresdienst entlassen, habe ich meine Praxis wieder aufgenommen.

### Dr. Keul

Facharzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten  
Sprechstunden von 10-1, 3-5,  
Dienstags und Freitags auch abends v. 6 1/2-8 1/2.

### Gesucht auf sofort

Landwirtschaftliche Knechte, Mägde und Burfchen.

Arbeitsnachweis der Badischen Landwirtschaftskammer Karlsruhe  
Stefanienstraße 43.

Dieselbst wollen auch offene Stellen für landw. Arbeitskräfte angegeben werden. 1579